

Wortprotokoll/Protokoll

der öffentlichen Sitzung

des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Integration

Sitzungsdatum:	05. November 2020
Sitzungsort:	Hamburg, Rathaus, Kaisersaal
Sitzungsdauer:	17:05 Uhr bis 18:55 Uhr
Vorsitz:	Abg. Michael Gwosdz (GRÜNE) (i.V.)
Schriftführung:	Abg. Metin Kaya (Fraktion DIE LINKE)
Sachbearbeitung:	Frauke Meyer-Bai

Tagesordnung:

1. Drs. 22/1440 Schutz für obdachlose Menschen sicherstellen: Winternotprogramm 2020/2021 ganztägig und für alle öffnen
(Antrag Fraktion DIE LINKE)

Drs. 22/1566 Neue Chancen für Obdachlose – Hochrisikogruppen im Corona-Winter 2020/2021 durch Einzelunterbringung besser vor Infektionen schützen
(Antrag CDU)

Drs. 22/1785 Versorgungslücken des Hilfesystems für obdachlose Menschen aufdecken – Runden Tisch einrichten!
(Antrag Fraktion DIE LINKE)
2. Drs. 21/19576 Bürgerschaftliches Ersuchen vom 15. April 2015: „ArmutBerichterstattung“ – Drs. 21/251
(Bericht Präsident/in der Bürgerschaft)
3. Verschiedenes

Anwesende:

I. Ausschussmitglieder

Abg. Kazim Abaci (SPD)
Abg. Ksenija Bekeris (SPD)
Abg. Mareike Engels (GRÜNE)
Abg. Andreas Grutzeck (CDU)
Abg. Regina-Elisabeth Jäck (SPD)
Abg. Annkathrin Kammeyer (SPD)
Abg. Metin Kaya (Fraktion DIE LINKE)
Abg. Jan Koltze (SPD)
Abg. Kirsten Martens (SPD)
Abg. Dr. Stephanie Rose (Fraktion DIE LINKE)
Abg. Marco Schulz (AfD)
Abg. Silke Seif (CDU)
Abg. Ali Simsek (SPD)
Abg. Yusuf Uzundag (GRÜNE)

II. Ständige Vertreterinnen und Vertreter

Abg. Michael Gwosdz (GRÜNE)
Abg. Danial Ilkhanipour (SPD)
Abg. Iftikhar Malik (SPD)

III. Weitere Abgeordnete

Dr. Carola Ensslen (Fraktion DIE LINKE)

IV. Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter

Senatorin Dr. Melanie Leonhard
Staatsrätin Petra Lotzkat
RD'in Jana Hoppe
OAR Andreas Thiel

V. Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bürgerschaftskanzlei

Frauke Meyer-Bai

VI. Vertreterinnen und Vertreter der Öffentlichkeit

3 Personen (Fraktionsmitarbeitender, Presse, Mitarbeiter Rechnungshof)

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Vorsitzender: So, dann heiÙe ich erst einmal alle herzlich willkommen, alle Kolleginnen und Kollegen aus der Bürgerschaft, Frau Senatorin, Frau Staatsrätin, alle weiteren Vertreterinnen der Behörde, also vor allem Frau Hoppe und Herrn Thiel kann ich namentlich nennen, und sonstige Anwesende, Frau

Meyer-Bai natürlich auch, die uns wieder wie gewohnt begleitet und betreut. Ich weiß nicht, sind Presvertreterinnen anwesend? Nein? Sonst haben wir ja weiter keine Öffentlichkeit. Aber vor Eintritt in die Tagesordnung, genau das ist ein Anlass, es wurde begehrt, dass wir ein Wortprotokoll anfertigen. Gibt es dagegen Widerspruch? Frau Rose, war das eine Wortmeldung?

Dr. Stephanie Rose: Ja, für beide. Für beide, wenn möglich.

Vorsitzender: Ja, für beide Tagesordnungspunkte, genau. Ich sehe keine Einwände, dann können wir so verfahren und fertigen ein Wortprotokoll an. Ich höre hier einen merkwürdigen Rückhall.

TOP 1

Vorsitzender: Gut, dann rufe ich auf den ersten Tagesordnungspunkt. Hier haben wir ja drei Anträge, die ich jetzt nicht alle vorlese, alle können die Namen selbst lesen. Ich summiere sie einmal unter der Rubrik, wir befassen uns mit dem Winternotprogramm. Und ich würde erst einmal dem Senat das Wort erteilen. Oder, Frau Rose?

Dr. Stephanie Rose: Ja, also ich kann das gern erst noch einmal vorstellen.

Vorsitzender: Wir können natürlich so verfahren, dass alle erst einmal ein paar Worte zu ihren Anträgen sagen. Ist natürlich die Frage, was ein Themenkomplex ist, ob wir erst einmal einen aktuellen Sachstand überhaupt zu den Plänen des Winternotprogramms, das war so meine Idee, uns anhören und wir dann anschließend auf die konkreten Anträge eingehen. Wir haben sie ja auch aus Gründen zusammengefasst, die drei Anträge, und behandeln sie ja nicht einzeln, weil es eben der eine Themenkomplex ist. Genau, dann bitte Frau Senatorin.

Senatorin Dr. Melanie Leonhard: Mit Ihrem Einverständnis mache ich das dann. Es ist ja auch ein bisschen ein Fortschreibungsprozess, möchte ich sagen. Wir haben ja alle gemeinsam ... oder viele von Ihnen waren zugegen, als wir zum Ende des Winternotprogramms und zum Beginn des Notversorgung- und Unterbringungsprogramms, was ja coronabedingt aus dem Winternotprogramm hervorgegangen ist, im seinerzeitigen Coronaausschuss diese Themen auch sehr, sehr ausführlich miteinander beraten. Und ich würde da gern anknüpfen an bestimmten Teilen.

Also, wir haben, wie wir das in den Vorjahren auch gemacht haben, mit dem offiziellen Winternotprogramm am 1. November begonnen in diesem Jahr, wie angekündigt. Wir haben anders als in den Vorjahren ja in diesem Jahr die Situation, dass durch die Coronapandemie bedingt wir unsere Standorte unterjährig nicht geschlossen hatten. Man muss sagen, wir haben sozusagen jetzt das erste Mal die Situation, dass wir im Grunde einen ganzjährigen Betrieb an den Standorten hatten. Das gilt insbesondere für die Friesenstraße, für die Kollaustraße in Eimsbüttel, aber auch für unseren Standort, den wir zusätzlich eröffnet hatten, an der Horner Landstraße, wo wir eine Frauenunterbringung betreiben.

Es hat sich gezeigt, dass durch den Zulauf, den wir unterjährig hatten in unsere Unterbringungen, wir angesichts des jetzt beginnenden Winters damit konfrontiert sind, dass wir die Situation haben, dass wir viele neue Nutzerinnen und Nutzer an den Standorten hatten, sodass wir uns gezwungen sahen, vorsorglich, um auch wirklich allen Menschen auch unter Coronabedingungen, was ja bedeutet, dass wir nicht die Standorte so kapazitär auslasten können, wie wir das sonst womöglich gekonnt hätten, wir brauchen Isolierplätze, wir brauchen besondere Versorgungsbereiche, wir können Zimmer auch nicht so dicht belegen, wie wir das auch schon gemacht hatten in bestimmten Engpassituationen, dass wir die Sorge hatten, wir könnten eventuell nicht allen Nachfragen gerecht werden und uns deswegen entschieden haben, einen dritten größeren Standort, also insgesamt dann einen vierten, mit dem Pik As sogar einen fünften, aber im engeren Sinne, Winternotprogramm, einen dritten Standort in Betrieb zu nehmen, und zwar auf der Schmiedekoppel. Die Schmiedekoppel ist eine Einrichtung, die uns dankenswerterweise zur Verfügung steht, weil sie bisher als Erstaufnahme betrieben worden war durch die Innenbehörde. Es ist eine sehr große Einrichtung. Wir wollen nicht die gesamte Einrichtung

nutzen, sondern in der Spitze in lockerer Belegung bis zu 250 Plätze dort zur Verfügung haben als Kapazität, um eben eventuell den Engpässen coronagerecht begegnen zu können. Dieser Standort wird ab morgen belegt werden können. Wir haben sozusagen bisher erst einmal aufgenommen an den beiden bestehenden Standorten.

Darüber hinaus haben wir auch in diesem Winter wie in den Wintern zuvor an allen Standorten entsprechende Beratungskapazitäten vorgesehen, Angebote der medizinischen Versorgung ausgebaut aufgrund der Coronasituation, sodass wir zu jeder Zeit in der Lage sind und es, wie Sie ja auch wissen, schon gemacht haben, Menschen zu testen nach Bedarf, aber vor allen Dingen auch, sollte sich eine positive Diagnose ergeben, am Ort zu isolieren und medizinisch versorgt unterzubringen. Wir haben damit ja leider bereits im März auch entsprechende Erfahrungen gemacht. Man muss aber sagen, dass das gut gelungen ist unter Hinzuziehung auch eines Pflegedienstes seinerzeit, die betroffenen Bewohnerinnen und Bewohner dann entsprechend in einem eigenen Stockwerk in der Friesenstraße erstens zu isolieren und zweitens medizinisch so gut zu versorgen, dass sie ihre COVID-Erkrankung bei uns haben auch auskurieren können, soweit man das bei dieser Krankheit sagen kann.

Eine weitere große Aufgabe besteht darin, die vorhandenen Angebote, die Sie alle kennen, in der Stadt, die sehr gut etabliert sind in der Szene und die sich auch sehr bewährt haben – das sind insbesondere die Angebote der Tagesaufenthaltsstätten, die unterschiedlichen Essensausgabestellen, die verschiedenen Beratungseinrichtungen, die es so gibt, inklusive der Straßensozialarbeit –, auf Basis der Einschränkungen, die sich durch die Coronapandemie ergeben, so zu ergänzen und Lücken so zu schließen, dass die Menschen trotzdem tagsüber auch gut versorgt sind in der Stadt.

Ein wesentlicher Punkt ist dabei, das Tagesaufenthaltsangebot zu ergänzen. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass die Träger der Tagesaufenthaltsstätten aufgrund von räumlich beengten Situationen, aufgrund auch zum Teil von mangelnden Verfügbarkeiten von Personal und alle Themen, die sich hier natürlich genauso stellen wie in allen anderen Bereichen auch, es müssen Abstände eingeplant werden und vieles mehr, natürlich nicht die Menschen durchgehend so haben betreuen können, wie das sonst üblicherweise der Fall ist. Deswegen haben wir uns dazu entschlossen – das ist Ihnen auch schon bekannt, es war auch schon Gegenstand von medialer Berichterstattung –, eine zusätzliche Tagesaufenthaltsstätte in der Stadt in der Markthalle einzurichten. Mit der können wir vermutlich in der kommenden Woche an den Start gehen. Das ist deswegen gut, die erfahrenen Ausschussmitglieder werden das wissen, weil wir schon immer und schon sehr lange nach einer Örtlichkeit für eine zusätzliche Tagesaufenthaltsstätte gesucht haben und durch die Tatsache, dass die Markthalle in diesem Winter zur Verfügung steht, wir das tatsächlich auch erstmals in größerem Umfang realisieren können. Das hilft uns auch noch einmal, an der Stelle zu erproben, ob sich der Standort grundsätzlich gut eignet oder nicht. Wie Sie wissen, suchen wir ja händeringend nach Standorten für Tagesaufenthaltsstätten in innerstädtischen Bereichen. So, das ist für alle immer ein schwieriges Thema, es ist ein sehr begehrter Ort mit hoher Nachfrage nach Flächen und hohen Mieten. Und jetzt müssen wir einmal gucken. Für diesen Winter sind wir jedenfalls sehr froh, dass wir die Markthalle haben gewinnen können, mit uns dieses Angebot da zu machen. Da werden wir viel abdecken können.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass wir zusätzlich unsere ohnehin etablierte Tagesaufenthaltsstätte in der Friesenstraße jetzt ganzwöchentlich betreiben werden. Das war in den vergangenen Jahren nicht der Fall. In der Hinrichsenstraße, ganzjährig werden betreiben können. Entschuldigung, aber es ist auf derselben Ecke, in der Hinrichsenstraße, im Wortprotokoll muss das ja alles stimmen. Auch damit hoffen wir, die Angebote gut zu ergänzen.

Wichtiges Thema bei alledem, was wir machen, ist, dafür zu sorgen, dass die Versorgung dieser Menschen gut gewährleistet ist, dass Beratung trotz Corona gut stattfinden kann und dass wir eventuell entstehende Lücken durch an anderer Stelle coronabedingt wegfallende Angebote schließen können. Das tun wir dadurch, dass wir inzwischen in den Standorten des Winternotprogramms die Essensver-

sorgung durch einen Cateringservice mit ergänzen, dass wir dort mit den Anbietern der Träger, wo gegenwärtig keine Essensausgabe in dem Maße gelingen kann, wie das in der Vergangenheit der Fall war, über Lunchpakete und andere dezentrale Lösungen Versorgungslücken schließen. Und das tun wir, indem wir selbst unsere Services, zum Beispiel, was medizinische Versorgung et cetera betrifft, auch noch einmal ergänzen an bestimmten Stellen.

Zusätzlich gibt es wie in den Jahren auch zuvor – und da möchte ich gleich eingehen auf zwei, drei Petitionspunkte, die in Ihren Anträgen auch adressiert sind und die ja auch allesamt sehr wichtige Themen ansprechen – für besondere Personengruppen im Einzelfall auch immer wieder eine Hotelunterbringung. Sie kennen das von den einen oder anderen Fallkonstellationen, wo wir es mit psychisch erkrankten Obdachlosen zu tun haben und/oder Familien. Das ist grundsätzlich so, dass unser Winternotprogramm nicht geeignet ist, um da Familien unterzubringen. Sollten Familien in Not geraten, haben wir das in Hamburg schon immer in Hotels und dann in öffentlicher Unterbringung gemacht und nie an unseren Standorten für Winternotprogramme. Die sind nun wirklich nicht für diese Art der Hilfeleistung geeignet.

Dann möchte ich noch einmal auf zwei weitere Punkte eingehen. Wir haben ja in diesem Jahr viel Erfahrung sammeln können, auch was das Thema Öffnungszeiten und nachbarschaftliche Akzeptanz betrifft. Wir haben sehr viel Mühe und Gesprächsaufwände gehabt und auch aufgewendet, um insbesondere in Eimsbüttel rund um die Kollaustraße und aber auch in der Friesenstraße, da geht es hauptsächlich um Gewerbenachbarn, muss man sagen, in der Kollaustraße sind es Anwohner und Gewerbenachbarn, um hier das Thema Akzeptanz in der Nachbarschaft stabil zu halten. Es hat sich durchaus gezeigt, dass wir doch Effekte haben über verlängerte Tagesöffnungszeiten, die dazu führen, dass das erforderlich ist. Erstens, dass man in der Nachbarschaft dafür wirbt, dass das ein wichtiges Angebot ist, zweitens, dass man aber auch bei Problemen, die ganz ohne Zweifel entstanden sind und auch weiter entstehen können, immer eine Ansprechbarkeit für die Nachbarinnen und Nachbarn bereithält, und drittens, dass man gegebenenfalls, und das haben wir in der Kollaustraße konkret gemacht, durch zusätzlichen Wachdienst, durch noch einmal besondere Reinigungsaktivitäten der Stadtreinigung und vieles mehr dafür sorgt, dass wir auch uns eine bestimmte Umfeldakzeptanz erhalten. Wir sind sehr dankbar, dass es gelungen ist, auch mit entsprechenden Beschlüssen aus der Bezirksversammlung Eimsbüttel, hier auch noch einmal in der Schmiedestraße einen zusätzlichen Standort zu ermöglichen. Schmiedekoppel, Entschuldigung, in der Schmiedekoppel in Eimsbüttel, so muss das heißen, noch einmal einen zusätzlichen Standort zu ermöglichen, weil, man muss ganz klar sagen, wir wissen, dass das für die Menschen vor Ort auch ein Thema ist in ihrer Nachbarschaft. Es ist aber wichtig, dass wir im Winter ein breites Angebot machen für diese Personengruppe, die eben wirklich besonders hilfsbedürftig ist. Das ist nicht nur in Coronazeiten, aber gerade in Coronazeiten ein großes Thema. Und deswegen will ich ausdrücklich sagen, uns haben die Beschlüsse aus der Bezirksversammlung Eimsbüttel da noch einmal sehr unterstützt. Die waren auch parteiübergreifend, soweit ich das überblicke. Das ist sehr hilfreich, insbesondere bei den vielen Gesprächen, die wir ja alle zusammen auch mit den unterschiedlichen Nachbarschaften immer führen müssen. Wir brauchen Akzeptanz, auch für die Standorte der Wohnungslosenhilfe. Sie haben an der einen oder anderen Stelle immer Umfeldfragen, die auch zu lösen sind, aber gerade diese Gruppe braucht eine besondere politische Akzeptanzarbeit und die wollen wir gern auch weiter leisten. Dafür sind wir aber darauf angewiesen, dass wir bei unseren Öffnungszeiten ein Stück weit auch bleiben können, weil, das hat sich herausgestellt als erhebliches Thema insbesondere in Eimsbüttel bei den Nachbarschaften. Und das hat sich jetzt sehr entspannt mit der Veränderung, die wir da vorgenommen haben.

Ja, last but not least, wir sehen coronabedingt auch in der Wohnungslosenhilfe weiterhin Themen, die nicht ursächlich was mit dem Hamburger Wohnungsmarkt zu tun haben, sondern auch mit anderen Bereichen. Ich will sagen, dass wir insbesondere jetzt in den Zwischenmonaten in unserem Notversorgungs- und Übernachtungsprogrammstandorten auch immer wieder Menschen betreut hatten, die ei-

gentlich in Hamburg Arbeit hatten, die coronabedingt aber verloren haben und/oder sogar wegen Quarantänemaßnahmen durch ihre Arbeitgeber kurzfristig gekündigt und mit der Kündigung ihre Unterkunft verloren haben. Deswegen halte ich das weiterhin für enorm bedeutsam, dass wir unsere Arbeitsmarkt- und Perspektivberatung in den Standorten weiter betreiben, um solche Dinge erstens zu erfahren und zweitens dann auch angehen zu können und den Menschen entsprechend zu ihrem Recht zu verhelfen.

Ja, das vielleicht vorab. Und dann gehen wir gern auf Ihre Fragen ein.

Vorsitzender: Genau, also entweder auf Fragen oder natürlich auch in die politische Diskussion. Da ich noch keine Wortmeldungen habe, würde ich gern den beiden antragstellenden Fraktionen jetzt erst einmal in der Reihenfolge der Anträge ... Herr Uzundag

Abg. Yusuf Uzundag: Ja, ich fange von ganz hinten an.

Vorsitzender: Moment, Moment, Moment. Also ich würde gern erst einmal den beiden antragstellenden Fraktionen, die das Thema ja auf die Tagesordnung durch ihre Anträge gebracht haben, die Möglichkeit geben, zu reagieren, entweder mit Fragen oder Kommentaren. Zunächst einmal Frau Rose, dann Herr Grutzeck.

Abg. Dr. Stephanie Rose: Ja, vielen Dank. Ja, ich habe ein paar Fragen, die stelle ich jetzt hinten an. Ich würde gern noch einmal kurz vorstellen, was wir in unserem Antrag haben beziehungsweise wo das eben auch darüber hinausgeht, was es jetzt schon gibt, was Sie jetzt vorgestellt haben.

Genau, das Winternotprogramm hat gestartet. Die ganztägige Öffnung, den anonymen Zugang für obdachlose Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft, das fordern wir als LINKE jedes Jahr. Dieses Jahr wieder. Vor dem Hintergrund der anhaltenden Pandemie und der Tatsache, dass viele obdachlose Menschen zur Hochrisikogruppe gehören, haben wir aber ein paar Forderungen ergänzt. Zum einen die Unterbringung in Ein- oder Zweibettzimmern, das ist nach wie vor nicht gegeben, die niedrigschwellige Versorgung und die Möglichkeit von Tests auf COVID-19 an allen Standorten, genau, das sind so die beiden zentralen Sachen, die zu dem, was wir jedes Jahr anbringen, nämlich, dass es eben ganztägig geöffnet sein sollte und für alle Menschen, hinzugekommen sind.

Und um vielleicht so ein paar Gegenargumente vorwegzunehmen, es ist möglich, Wien öffnet die Kältehilfe aufgrund der Coronapandemie ganztägig und bringt überwiegend in Einzelzimmern unter.

Dann diskutieren wir ja in diesem Rahmen jetzt auch noch unseren zweiten Antrag. Da geht es darum, dass wir fordern, einen Runden Tisch einzurichten unter der Beteiligung verschiedener Akteurinnen des Hilfesystems, um weitere Todesfälle im öffentlichen Raum zu verhindern. Es geht darum, Versorgungslücken im Hilfesystem aufzudecken, Zuständigkeiten zu klären und zu prüfen, inwieweit Transportmöglichkeiten analog zum Kältebus auch in den Sommermonaten geschaffen werden können. Grund oder Anlass für unseren Antrag war, dass Mitte August der Tod von einem obdachlosen Menschen bekannt geworden ist, bei dem am Tag zuvor die Anwohnerinnen den Notruf gerufen haben und sowohl Polizei als auch Feuerwehr waren vor Ort, haben keinen Anlass gesehen, ihn zu transportieren und sind auch auf den Wunsch von ihm, in die naheliegende Notunterkunft gebracht zu werden, nicht eingegangen. Und da, an diesem Fall, zeigt sich einfach, dass es offenbar ungeklärt ist, wer dann zuständig ist. Und es gibt keine Transportmöglichkeit für mittellose obdachlose Menschen, die Hilfe brauchen, aber eben nicht ins Krankenhaus müssen.

Im vergangenen Jahr sind zehn Menschen auf der Straße oder in einem leer stehenden Gebäude verstorben. Und in diesem Sinne würde ich mich sehr freuen, wenn Sie unserem Antrag da jetzt ein offenes Ohr schenken und zustimmen.

Und ich hänge noch einen Satz an zu dem CDU-Antrag, weil der da ja mit drinhängt. Wir unterstützen den Antrag grundsätzlich, werden auch gleich zustimmen, hätten uns aber gewünscht, dass der An-

trag vor dem Hintergrund der Pandemie nicht nur auf psychisch Kranke oder Familien mit Kindern beschränkt ist, sondern eben für alle obdachlose Menschen, die eben einem erhöhten Risiko ausgesetzt sind, an COVID-19 zu erkranken.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank, Frau Rose. Da haben Sie nebenbei ja direkt wunderbar an Herrn Grutzeck weitergegeben.

Abg. Andreas Grutzeck: Ja, dann fange ich gleich einmal mit der Anregung von Frau Rose an. Das haben wir natürlich auch überlegt und wir haben uns dann aber entschlossen, den Antrag doch etwas machbarer zu gestalten und nicht mit Maximalforderungen hier reinzukommen. Und insofern haben wir, hoffe ich jedenfalls, ihn so formuliert, dass eigentlich alle ihm zustimmen könnten.

Frau Senatorin, Sie haben ja am Anfang Ihrer Darstellung darauf hingewiesen, dass Sie ja kurz vor der letzten Bürgerschaftswahl noch einmal auch ein Programm vorgestellt haben, Fortentwicklung der Wohnungshilfe, und da heißt es dann auch, mehr Einzelunterbringungen zu ermöglichen. Und Sie haben oder die Koalition hat da ja geschrieben, vor allem für Personen mit psychischen Beeinträchtigungen sollte in kleineren Unterbringungen mit quasi Hotelcharakter Unterkunft und Betreuung ermöglicht werden. Und da wäre die Frage vielleicht noch einmal, wie weit sind Sie da gekommen, ist wirklich ein Unterschied zu den Jahren zuvor festzustellen oder haben Sie letztlich das doch nur festgeschrieben.

Und wir fordern eben, da komme ich dann zum Antrag zurück, dass wir zumindest dann für diese Gruppen erst einmal auch eine Quasi-Hotelunterbringung sicherstellen. Und wir haben ja gesehen, das Beispiel der Reemtsma-Spende im Sommer oder im Frühjahr dieses Jahres hat das ja gezeigt, die Hotels oder zumindest einige sind da sehr positiv gestimmt. Im Schanzenviertel zum Beispiel das Hostel wäre sofort bereit, wieder Stellen auch zu schaffen und Betten zu übernehmen. Die psychologische oder überhaupt die Betreuung wäre auch sichergestellt, weil auch Alimaus und andere Organisationen sicherlich sofort dort mit Sozialarbeitern wieder tätig wären. Also das wäre ein erster Punkt, jedenfalls wo wir uns vorstellen könnten, dass da auch sehr schnell Hilfe zu schaffen wäre. Im Gegensatz zu dem, was dann die LINKEN fordern, muss ich dann eben sagen, die Erwartung wäre jetzt nicht, dass die Sozialbehörde sofort dem zustimmt und für alle Obdachlose das herrichtet. Deswegen glaube ich, ist das in kleinen Schritten einfach sinnvoller.

Vorsitzender: Nun wurde ja direkt eine Frage an die Senatsvertreterinnen gestellt.

Senatorin Dr. Melanie Leonhard: Ach so, ich war jetzt irritiert, weil Herr Uzundag sich auch noch gemeldet hatte. Alles klar, aber ich bin ..., mache ich gern.

Vorsitzender: Wir können aber auch erst einmal sammeln, aber wenn es anknüpft...? Nein? Bitte, Frau Senatorin.

Senatorin Dr. Melanie Leonhard: Ich kann da gern drauf eingehen. Also einmal auf die Fragen, die Frau Rose aufgeworfen hat und auch noch einmal gern auf Ihre.

Also es ist grundsätzlich so, dass wir ja gegenwärtig, wir haben ja auch einen großen Fachtag dazu gemacht im Rahmen der Auswertung der Befragung, die am Ende des letzten Winternotprogramms stattgefunden hat in der Szene, in der Wohnungslosenhilfe, uns sehr intensiv um die Weiterentwicklung insbesondere der Versorgung von besonderen Zielgruppen gewidmet haben. Dazu gehört natürlich auch die Gruppe der psychisch kranken Obdachlosen. Das ist eine wichtige, aber nicht die einzige besondere Gruppe. Wir sind gerade auf dem Weg, zum Beispiel eine neue Unterbringung für besonders Pflegebedürftige sozusagen zu realisieren. Wir haben sowieso parallel, wie gesagt, Hotelunterbringungen für besondere Einzelfälle immer gehabt und werden die auch wieder haben sozusagen. Das treiben wir weiter voran. Und wir haben auch schon im vergangenen Winternotprogramm, und werden das mit Sicherheit in diesem auch, immer sozusagen den Anspruch bei Menschen, die einen besonderen Betreuungsbedarf haben und/oder gar nicht in Mehrbettzimmern leben können – das gibt es tatsächlich auch, übrigens neben denen, die gern unbedingt als Gruppe untergebracht werden wollen, das will ich hier auch noch einmal ausdrücklich sagen –, wir halten immer Zimmer mit mehreren

Betten auch vor für Gruppen, die gern gemeinschaftlich untergebracht werden möchten. Und das möchten wir auch nicht unterbinden an dieser Stelle, das will ich auch noch einmal sagen. Die sozusagen unmittelbar aus dem Winternotprogramm auch in eine spezielle öffentlich-rechtliche Unterkunft zu bringen, wo sie sozusagen einzeln auch leben können. Und bis das soweit ist, vergeben wir auch Zweibettzimmer im Winternotprogramm nur an eine Person, wenn das erforderlich ist. Dieses alles findet immer schon statt und wird und soll auch in diesem Winter stattfinden. Deswegen haben wir ja diese enormen Anstrengungen unternommen, einen dritten Standort zu eröffnen, weil wir aufgrund der Coronabedingungen das sonst gar nicht realisieren können von den Kapazitäten, das muss man sagen. Also wir behalten uns das auch ausdrücklich vor.

Wir haben mit dem, was wir an Betreuung anbieten, und da spreche ich jetzt ausdrücklich für das städtische Angebot des Winternotprogramms, also die Betreuung, die Beratung, die Rechtsberatung, auch noch einmal von Trägern, die bei uns mit angeschlossen sind sozusagen, die medizinische Versorgung, die Essensversorgung, die wir liefern, tatsächlich das Thema, dass wir das inzwischen an vier, wenn Sie das Pik As noch dazunehmen, an fünf verschiedenen Standorten anbieten. Und wir können das nicht noch weiter dezentralisieren, das ist einfach unser Thema. Insofern fanden wir auch damals, das, was über die Reemtsma Stiftung ermöglicht worden ist, eine gute Ergänzung zu dem, was wir machen. Wir können unser Programm nicht so aufstemmen, um das noch einmal deutlich zu sagen. Das bekommen wir mit dem Versorgungsanspruch, den wir an den einzelnen Standorten realisieren, nicht hin.

Frau Dr. Rose hatte ja noch einmal angesprochen die Forderung der Testung und der medizinischen Versorgung auch im Zusammenhang mit Corona. Das wollen wir nicht nur machen, sondern das tun wir schon, das ermöglichen wir auch den Betroffenen im Winternotprogramm, Testung von symptomatischen Personen sowieso, aber auch Umfeldtestung und Testung auf Anfrage. Wir wollen weiterhin jetzt die neuen Möglichkeiten der Antigentestung auch noch einmal zusätzlich nutzen, um auch noch einmal spezielle Angebote fürs Personal zu machen. Da sind wir gerade genau wie alle anderen jetzt dabei, die Möglichkeiten, durch wen diese Testungen erfolgen können und dürfen, also müssen wir jemanden haben, der das regelmäßig sozusagen das für uns als Dienstleister macht, kann das durch uns selbst erbracht werden, das sozusagen auszuloten. Aber unser Ziel ist schon, und wie gesagt für die Bewohnerinnen und Bewohner ist das auch schon so, im Fall des Bedarfs sowohl Testung wie auch nachgelagerte Behandlung unmittelbar anzubieten sowie Isolierung und Quarantäne auch. Das hatte ich vorhin in meinem Beitrag nicht gesagt, das kommt aber noch dazu. Wir haben ja auch schon jetzt Erfahrungen gesammelt mit zusätzlichen, noch zusätzlich zu den fünf Standorten, über die ich eben gesprochen habe, Quarantänestandorten, die es uns ermöglichen, auch immer noch einmal Belegungssituationen zu entzerren, um hinzubekommen, dass es auch kein um sich greifendes Ansteckungsgeschehen in unseren Unterkünften gibt.

Vorsitzender: Ja. Vielen Dank. Dann hat jetzt Herr Uzundag das Wort.

Abg. Yusuf Uzundag: Ja. Frau Senatorin, vielen Dank für Ihren Vortrag, das sehr ausdrücklich. Sehr interessant zu hören, dass Menschen coronabedingt ihren Job verloren haben und obdachlos geworden sind. Gibt es darüber eine Statistik, Daten, also wie viele es sind. Und mich hat auch immer interessiert, na ja, uns Otto Normalbürgern wird gesagt, wenn wir auf Hygiene aufpassen und so weiter, dann werden wir es wahrscheinlich nicht kriegen, aber wenn ich an obdachlose Menschen denke, da ist null Hygiene, und da habe ich oft gedacht, wie viele von denen überhaupt positiv werden oder geworden sind oder sind überhaupt von Obdachlosen welche verstorben. Haben Sie darüber Daten.?

Vorsitzender: Ja. Bitte.

Senatorin Dr. Melanie Leonhard: Ich fange einmal mit dem ersten Thema an, das Arbeitsmarktthema. Ich kann Ihnen keine Daten dazu nennen. Ich kann mir vorstellen, dass wir uns nach dieser Pandemie auch kommunalübergreifend noch einmal zu diesem Thema auseinandersetzen. Wir haben

das eine oder andere Fallbeispiel. Man muss und darf aber, glaube ich, davon ausgehen, dass wir sowieso nur die Spitze des Eisberges sehen an dieser Stelle. Also immer dann, wenn wir sozusagen davon erfahren, können wir das ja auch nur erfassen, wo wir bei einem größeren Ausbruchsgeschehen tatsächlich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter umfangreicher testen mussten, und dann dabei eben auch, wie zu erwarten war, positive Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gefunden haben nach einer solchen Testung. Und in diesem Fall dürfen die ja nicht arbeiten, sondern müssen quarantänisiert werden und nach Infektionsschutzgesetz ist dann, wenn es sich um Menschen handelt, bei denen zum Arbeitsvertrag die Wohnung dazugehört sozusagen, der Arbeitgeber für die Unterbringung verantwortlich. Und da hat es tatsächlich einen Fall gegeben, dass dann Arbeitsverträge gelöst wurden, um die Unterbringung während der Quarantäne nicht sicherstellen zu müssen isoliert. Und diese Menschen versorgen wir dann in der Wohnungslosenhilfe und das finde ich arbeitsmarktpolitisch ..., humanitär sowieso, aber auch arbeitsmarktpolitisch geht das gar nicht, Ausrufezeichen.

Und auch dazu dient das Winternotprogramm, dass so was bekannt wird und dass wir dann helfen können, den Menschen zu ihrem Recht zu verhelfen und das haben wir in diesem Fall auch getan, nicht nur zu einem Schlafplatz, sondern auch zu ihrem Recht. Es kann ja nicht sein, dass diese Menschen dann in unseren Quarantänestandorten leben müssen, obwohl sie eigentlich der Arbeit wegen hier sind und auch gearbeitet haben bis zum Tag ihrer Diagnose.

Zweiter Punkt, noch einmal zum Thema Hygiene und so weiter. Was wir ja haben, ist ja tatsächlich in unseren Standorten anders als es früher war, sind das ja jetzt Standorte, die sind direkt sozusagen für die Wohnungslosenhilfe auch konzipiert. Wir haben also Waschmaschinen, wir haben Dusch- und Schlafräume. Wir haben die Testmöglichkeit und die Menschen kommen auch zu uns und werden getestet, wenn das anliegt, sodass wir sogar sagen können, das Monitoring ist zumindest nicht schlechter als in anderen Bereichen. Das kann man, glaube ich, ganz ohne Zweifel sagen.

Was dann allerdings natürlich ein Thema ist, ist, dass diese Menschen ja auch untereinander Kontakte haben. Und ich sage einmal, da geht es denen auch nicht anders als in der normalen Bevölkerung gegenwärtig. Wenn wir dann kommen und den Kontaktpersonen Quarantäne sozusagen verordnen, dann ist die Freude nicht immer übergroß. Da unterscheiden die sich nicht von allen anderen Menschen in der Stadt auch und das macht noch einmal zusätzliche Unterbringungsaufwände. Aber es ist ja auch richtig, wenn man vermeiden will, dass ganze Standorte unter Quarantäne gesetzt werden, das ist immer das, was wir vermeiden wollen, dass ein ganzer Standort wegen wenigen Fällen in Quarantäne gesetzt werden muss.

Vorsitzender: Vielen Dank. Ich habe Frau Engels, danach Herrn Schulz auf der Liste, nur für die Transparenz. Frau Engels.

Abg. Mareike Engels: Genau. Ich sage vielleicht erst einmal allgemein was, ich finde es erst einmal sehr gut, dass wir die drei Anträge heute beraten, jetzt auch sozusagen vom Datum her relativ zum Start des Winternotprogramms, und noch einmal sozusagen über die Ausrichtung und über die Angebote diesen Winter uns austauschen. Und natürlich gehen die Anträge auch ein kleines bisschen sozusagen über das Winternotprogramm hinaus und haben die Coronapandemie im Blick. Teilweise ist es aber natürlich eigentlich auch so, dass die Coronapandemie gewisse Probleme, die wir haben, verschärft. Also das ist nicht nur im Wohnungslosenhilfebereich so, sondern auch in anderen Bereichen, aber eben hier auch noch einmal besonders, dass das Leben für Menschen auf der Straße sich besonders dramatisch erschwert, auch durch die Eindämmungsmaßnahmen natürlich, und dass deswegen besonderes Augenmerk auf die Situation von Obdach- und Wohnungslosen wichtig ist. Und deswegen ist die Beratung heute auch so wichtig. Genau.

Also vielleicht erst einmal so zu den Anträgen, da sind ja insbesondere auch unterschiedliche Fragen noch einmal aufgeworfen worden. Und da geht es einerseits um die gesundheitliche Versorgung, wo wir ja, das haben wir eben vor allem durch den dramatischen Fall im August, Frau Rose sprach den an, ist das sozusagen noch einmal vor Augen geführt worden. Aber in Wahrheit ist das ja auch ein

Thema, was wir schon seit einigen Jahren immer mit Sorge diskutieren und es gibt da einzelne Verbesserungen und einzelne Angebote und einzelne Netzwerke und sozusagen Schnittstellen, wo dann auch einmal wieder was richtig gut funktioniert und sich Dinge verbessert haben. Ich denke, auch mit den Schwerpunktpraxen hat sich einiges verbessert, wo wir aber eben nach wie vor eben auch Probleme in der gesundheitlichen Versorgung haben. Und deswegen ist es uns auch wichtig, an dem Thema weiter dran zu bleiben, das haben wir ja auch schon durch den Antrag im Januar getan, wo es da auch noch einmal zu Fragen des Entlassmanagements geht, weil da natürlich auch Drehtüreffekte eintreten. Und das ist natürlich jetzt gerade im Zeichen der Coronapandemie noch einmal wichtiger, sich anzugucken, wie ist denn die gesundheitliche Versorgung und welche Versorgungslücken haben wir hier, welche gute Rolle spielt auch die Straßensozialarbeit in dem Kontext.

Deswegen werden wir auch diese Befassung heute hier im Ausschuss – auch in der Koalition – noch einmal gut auswerten und haben auch die Perspektive, dass wir zum Ausschussbericht dann auch noch einmal mit einem Zusatzantrag sozusagen aufs Parlament zukommen wollen, um zu gucken, genau, welche Sachen, welche Punkte wir da auch noch einmal auf den Weg bringen. Und da ist Straßensozialarbeit, gesundheitliche Versorgung, aber eben auch Einzelzimmerunterbringung ... Da haben wir ja auch im Frühjahr schon, und später die CDU, da komme ich vielleicht noch einmal zu dem Antrag, die hat ja sozusagen im Wesentlichen auch rekurriert auf unseren Antrag aus dem Januar, wo es um die Einzelzimmerunterbringung ging, die aber natürlich unter anderen Vorzeichen diesen Antrag eingebracht haben. Da geht es um die bessere Versorgung auch von psychisch kranken Obdachlosen.

Da wissen wir, dass das sozusagen ein Themenfeld ist, was schwer ist zu bearbeiten, wo auch viele Schnittstellenproblematiken herrschen, und wo aber eben Einzelzimmerunterbringung natürlich wichtig ist. Und die Hotelunterbringung, die wir anspielen, spielt eher drauf an, dass es ja in der eh schon stattfindenden Hotelunterbringung, wenn man sich das einmal genau anguckt ..., haben wir da sozusagen eine feste, auch mit einer hohen Verweildauer, Klientel, die eben nicht in die Gemeinschaftsunterkünfte ..., wo das nicht der richtige Ort ist, und die deswegen sehr lange in der Hotelunterbringung sind und da eigentlich auch noch optimaler versorgt werden müssen. Das hatte auch sozusagen so ein bisschen unser Antrag im Januar im Fokus, dass man guckt, wie kann man einerseits vielleicht da, wo die Versorgung besser klappt, mehr Einzelzimmerunterbringung ..., aber wie kann man auch eben die Menschen, die bereits in der Hotelunterbringung sind, besser unterstützen. Dazu kommt auch, und da spielt die CDU in ihrem Antrag ja eben auch drauf an, deswegen sozusagen, dass Familien mit Kindern ... Da haben wir jetzt ja gerade schon gehört, die sind nicht im Winternotprogramm, die sind nicht im Notübernachtungsprogramm im Sommer, sondern, wenn kein Platz in einer öffentlich-rechtlichen Unterbringung da ist, dann sind die bereits in der Hotelunterbringung, die haben natürlich immer sozusagen privat als Familie private Räumlichkeiten, was das angeht. Deswegen sozusagen, das einmal zur Einordnung unsererseits zum Antrag der CDU.

Und dann habe ich auch noch tatsächlich ganz konkrete Fragen. Einerseits wurde gerade eben schon von den Testungen berichtet. Und mich würde noch einmal interessieren in dem Kontext sozusagen, ob es schon Statistik gibt, also wie viele Positivfälle im Grunde genommen ... Also wie ist das Infektionsgeschehen, was Verdachtsfälle angeht, und wie ist auch die Auslastung der Quarantänestandorte?

Und dann zweite Frage, ob Sie noch einmal ein bisschen was zur sozusagen ..., wie die TAS Markthalle sozusagen funktioniert, sagen können, also eine Konzeption, aber vielleicht auch schon aus den ersten Tagen des Betriebes und der Realerfahrung, der Praxiserfahrung vielleicht.

Vorsitzender: Ja. Bitte, Frau Senatorin.

Senatorin Dr. Melanie Leonhard: Ja. Das mache ich sehr gern. Wir schauen einmal eben nach, wie unsere Quarantänestandorte belegt sind, das erheben wir tagesaktuell, das macht Frau Lotzkat einmal eben. Ich kann aber sagen zu den Infektionsfällen im Winternotprogramm, also wir hatten im

Frühjahr zwei positive Fälle und entsprechend viele Verdachtsfälle drum herum sozusagen, die sich aber dann nicht als Positivfälle herausgestellt haben. Wir haben jetzt aktuell gerade keinen und wir hatten kein größeres Ausbruchsgeschehen. Damals war das ja noch sehr früh zum Start der Pandemie. Man hatte also kaum Erfahrung im Umgang, deswegen hat seinerzeit das Gesundheitsamt entschieden, damals den gesamten Standort, Friesenstraße war das, unter Quarantäne zu setzen. Wir konnten die Quarantäne dann aber zum Glück nach einer gewissen Frist auch aufheben und haben die zwei tatsächlich konkret positiv Betroffenen dann quarantänisiert. Wir haben jetzt gerade jüngst einen Test bei einem Verdachtsfall gemacht, ich kann Ihnen das Ergebnis aber noch nicht mitteilen sozusagen. Aber auch da wäre dann das Prozedere zunächst Isolierung am Standort und gegebenenfalls Verlegung an einen Quarantänestandort, je nachdem, wie versorgungsaufwendig der Fall dann ist. Also es hängt ja viel, das ist ja eben schon besprochen worden, vom persönlichen Gesundheitszustand ab, von der Beobachtungsgüte, von der Krankheitseinsicht, also bleibt jemand freiwillig isoliert und all diese Dinge. Das sind ja Sachen, die da eine Rolle spielen, das kann ich jetzt Stand heute noch nicht sagen. Ich gucke einmal rüber, ob wir die Zahlen sagen können. Frau Lotzkat hat sie.

Staatsrätin Petra Lotzkat: Das mache ich gern. Wir haben in der Friesenstraße in den letzten Tagen null Fälle gehabt, also weder Verdachtsfälle noch bestätigte Fälle. Wir haben in der Kollaustraße jetzt bei 204 Bewohnerinnen und Bewohnern gerade einen Verdachtsfall, der dann auch in der Kollaustraße isoliert werden kann. Das gilt für beide Standorte, dass wir auch dort sozusagen Verdachtsfälle erst einmal dort isolieren können und uns dann entscheiden können, ob wir die Personen gegebenenfalls in die Quarantänestandorte verlegen müssen. Und wir haben in dem Quarantänestandort in der Holsteiner Straße im Moment 41 Bewohnerinnen und Bewohner, davon 23 bestätigte Fälle, 18 Verdachtsfälle, und am Oeleckerring haben wir 16, zwei bestätigte Fälle und 14 Verdachtsfälle, also das ist die Situation. An diesen beiden Quarantänestandorten sind ja nicht nur die Wohnungslosen, sondern eben auch die Geflüchteten.

Senatorin Dr. Melanie Leonhard: Diese Fälle, die da eben geschildert worden sind, stammen allesamt aus der öffentlich-rechtlichen Unterbringung, nicht aus unseren Standorten. Also wir gucken jetzt, wie dieser Verdachtsfall sich entwickelt, dann könnte der dazukommen additiv, aber es ist noch gar nicht der Fall.

Staatsrätin Petra Lotzkat: Und wir monitoren das eben täglich und die Bilder sehen ähnlich so aus.

Senatorin Dr. Melanie Leonhard: Genau. Und zur Markthalle, zur Konzeption, kann ich sagen, wir haben in unseren regelmäßigen Beratungen mit der Wohnungslosenhilfe geschaut, gibt es Akteure – außer f & w fördern und wohnen, das ist ja auch jetzt eine große Aufgabe für f & w fördern und wohnen, so viele Standorte gleichzeitig parallel zu betreiben sozusagen –, die da mittun wollen. Gegenwärtig ist es so, dass wir dort auf jeden Fall auch ergänzende Angebote haben werden der Beratung, Social Bridge wird zum Beispiel aller Wahrscheinlichkeit nach dort ein Angebot auch machen in der Markthalle für die Menschen. Ansonsten ist es ein, wenn man so will, klassisches Tagesaufenthaltsangebot mit Essensangebot, mit Tischen, wo man sitzen kann, mit all diesen Dingen, die es da gibt. Wir starten konkret in der kommenden Woche, also ich kann Ihnen deswegen noch keine Erfahrungen aus der Praxis geben, aber in einem der nächsten Ausschüsse können wir das ganz bestimmt. Also da können wir dann sagen, wie es anläuft, ob weitere Akteure gewonnen werden konnten, wie es so geht. Aber wir sind wirklich sehr froh, dass es gelungen ist, diesen Standort zu finden und handelseinig zu werden, weil er wirklich mitten in der Stadt ist und von all unseren Unterkunftsstandorten gut erreichbar ist, das ist wirklich ein Wert an sich.

Vorsitzender: Gut. Vielen Dank. Wir haben jetzt schon 17.45 Uhr, will ich nur dran erinnern, wir haben ja noch einen zweiten, ausführlichen Tagesordnungspunkt, eine Berichtsdrucksache. Ich habe noch Herrn Schulz, Herrn Malik und Frau Rose auf der Redeliste bislang und wir sollten dann – Herrn Grutzeck nehme ich gern noch einmal drauf – versuchen, für diesen Tagesordnungspunkt in die Zielgerade einzubiegen, um für den zweiten noch Zeit zu haben. Herr Schulz, bitte.

Abg. Marco Schulz: Ja. Vielen Dank, ein Wink mit dem Zaunpfahl, verstanden. Ich versuche, mich zu beeilen. Erst einmal zu den Anträgen, danach hätte ich noch eine kleine Frage. Wir wollten ja auch beide Anträge im Ausschuss beraten, weil wir in beiden gute Ansätze erkennen, nur beide für noch nicht so ganz rund halten.

Bei dem LINKEN-Antrag stört mich persönlich tatsächlich auch diese sehr extreme Betonung auf die unbedingte Unterbringung auf Ein- und Zweibettzimmern beziehungsweise tatsächlich auch eher die Einbettzimmerbetonung, das ist schon ... Ich finde es ein bisschen frech in Teilen, wenn man denn fünfköpfige Familien in Zweiraumwohnungen ansieht oder wenn ich an Soldaten in Kasernen denke, auch ob eine anonyme Unterbringung sinnvoll ist gerade zu diesen Zeiten, ist mehr als fraglich.

Bei dem CDU-Antrag hatte ich eigentlich bis zum Beginn der Sitzung tatsächlich nicht wirklich was hinzuzufügen, habe jetzt aber im Verlauf der Sitzung eine Frage, die mir brennt, jetzt finde ich die gerade nicht mehr. Diese Einzelunterbringung mit Hotelcharakter von – ja – Personen, wo es aufgrund einer psychischen Erkrankung notwendig ist. So wie ich das jetzt zwischen den Zeilen rausgehört habe, also die Frage geht jetzt an die Frau Senatorin, war das ja generell bislang die Praxis, wenn das notwendig war. Insoweit frage ich mich, also jetzt nur konkret zu diesem Punkt aus dem Petitum des Antrags, inwieweit das denn Sinn ergibt, wenn das schon die Praxis ist, oder habe ich das richtig verstanden, dass das so gesehen nur die Ausnahme war.

Vorsitzender: Ja. Bitte, Frau Senatorin.

Senatorin Dr. Melanie Leonhard: Ja. Man muss zwei Sachen betrachten. Das eine ist jetzt das Petitum des CDU-Antrags, der da sozusagen noch einmal explizit drauf Bezug nimmt. Das war in der Vergangenheit immer schon Praxis, dass Menschen einzeln untergebracht worden sind, wenn es erforderlich war, zum Teil auch und gerade in Hotels, um sozusagen dem besonderen Zustand, das muss übrigens nicht eine psychische Erkrankung zwingend sein, gerecht zu werden, es können auch andere Gründe sein, das muss man deutlich sagen. Das Besondere, was jetzt auch noch einmal Aufforderung war am Ende der letzten Legislaturperiode und woran wir konzeptionell auch mit den Trägern der Wohnungslosenhilfe arbeiten, ist die dazugehörige Versorgung. Mit der Unterbringung allein ist es nicht getan, sondern sie brauchen ein besonderes, wenn es jetzt, um noch einmal auf die psychisch Erkrankten zurückzukommen sozusagen, darum geht, den Menschen dauerhaft zu helfen. Unser Winternotprogramm ist ja ein Anker, aber nicht der einzige, um sozusagen auch eine Perspektive aus der Wohnungslosigkeit zu entwickeln, und darum muss es ja final gehen. Und das war Gegenstand der Beratungen in der Legislaturperiode, eigentlich im letzten Winter, muss man einmal deutlich sagen, und jetzt auch wieder, und ist jetzt auch weiterhin unser Bestreben, gemeinsam mit allen Akteuren in der Wohnungslosenhilfe, aber vor allen Dingen auch mit den Anbietern von psychiatrischen Angeboten und psychotherapeutischen Angeboten, diesen Menschen dann auch noch einmal ein Angebot zu machen über das, was wir in der Hilfelandschaft hinaus schon haben. Was dann auch dazu beiträgt, dass das Hotel der Anfang der Entwicklung ist und nicht ihr Ende, sonst fangen sie im März wieder von vorn an und das wollen wir eigentlich nicht mehr so gern. So. Insofern haben beide Punkte durchaus sozusagen auch noch einmal ... Es gibt einen guten Grund, das hier auch noch einmal zu beraten im Ausschuss.

Vorsitzender: Gut. Dann habe ich jetzt Herrn Malik.

Abg. Iftikhar Malik: Ja. Vielen Dank. Herr Gwosdz, Sie haben berechtigterweise auch einen Blick auf die Uhr geworfen, deswegen versuche ich mich auch etwas kurz zu fassen. Ich möchte Frau Leonhard danken für Ihren Vortrag, für die Eindrücke auch zum Start des sogenannten Winternotprogramms. Ich möchte mich auch bei den beteiligten Fraktionen dafür bedanken, dass sie dieses für uns sehr wichtige Thema auch mit auf die Agenda gesetzt haben. Ich würde nur ganz kurz einige Ausführungen, die Frau Engels eigentlich schon gemacht hat, aufgreifend aufnehmen.

Also ich fand auch vor allem die treffende Formulierung von Frau Leonhard in der Einführung, dass das Winternotprogramm eine Fortschreibung ist und damit auch eine Fortentwicklung. Und das sieht

man auch, wenn man dieses Programm jetzt die letzten Jahre begleitet und beobachtet hat, und jetzt auch gerade im Hinblick auf diese ganzen coronabedingten neuen Herausforderungen und Maßnahmen. Da ist Frau Leonhard auch sehr eindrucksvoll darauf eingegangen, also was sowohl die Dichte der Belegung angeht, dass man das berücksichtigt hat, als auch die tägliche Testevaluation, die Frau Lotzkat jetzt gerade auch live abgerufen hat. Das heißt, daraus wird für mich, aber auch für unsere Fraktion, ganz deutlich und ersichtlich, dass die Bemühungen unserer Sozialbehörde da zuverlässig sind.

Im Übrigen sind auch die Punkte des ersten Antrags der LINKEN, die ja eigentlich auch sehr inhaltsgleich regelmäßig auch auftauchen, da ist nicht viel dem auch hinzuzufügen. Und zu diesen coronabedingten Situationen gab es jetzt eigentlich auch schon die meisten Ausführungen, die gemacht wurden, also was die Tests angeht und was die Belegung angeht. Dass es auch diese sogenannten geschwächten Regelungen gab, war überzeugend aus unserer Sicht und deswegen würden wir den ersten Antrag nicht teilen. Herr Grutzeck hatte eine aus meiner Sicht sehr treffende Formulierung, dass Sie eine noble Absicht hatten, den Antrag machbar zu formulieren – ja –, weil schon gemacht beziehungsweise schon auf den Weg gebracht, auch schon im Frühjahr des Jahres mit den GRÜNEN und der SPD in der letzten Legislatur. Also das heißt, diese Unterbringung, da hatten Frau Leonhard und auch Frau Engels eigentlich schon Ausführungen gemacht.

Ich hatte aber tatsächlich noch zwei kleine Fragen, Frau Leonhard. Zum einen zu dieser Markthalle und auch jetzt zu der neuen Tagesaufenthaltsstätte. Haben Sie da jetzt schon Erfahrungen auch zu den weitläufigen Entfernungen zu beispielsweise weit entlegeneren Bezirken – Bergedorf – ein Beispiel genannt. Gibt es da irgendwie Erfahrungswerte, wie der Transport gelingt und ob da vielleicht nicht auch noch einmal eine Notwendigkeit gesehen werden könnte, eine weitere ...? Vielen Dank.

Vorsitzender: Ja. Bitte, Frau Senatorin.

Senatorin Dr. Melanie Leonhard: Ja. Ganz kurz. Wir haben ja zu den Unterbringungsstandorten aus der Innenstadt heraus Bustransfers, die wir aus den Erfahrungen im vorletzten Winter mit der Kollaustraße gesammelt haben, schon eingerichtet hatten. Die werden wir jetzt natürlich auch für den Standort in der Schmiedekoppel nutzen, sodass das auch leicht möglich ist für die Nutzerinnen und Nutzer, dorthin zu kommen in die Innenstadt, da, wo sie ihre Tagesaufenthalte haben oder auch unsere Angebote nutzen, also beides ist ja übrigens möglich. Man darf sich auch als obdachloser Mensch da aufhalten, wo man es möchte sozusagen.

Vorsitzender: Einmal ganz kurz, Entschuldigung Frau Senatorin ... Ist das dann noch auch für das Wortprotokoll hörbar?

Senatorin Dr. Melanie Leonhard: Okay. Ich versuche einmal, Mikrofon und Blickkontakt ..., das ist aber jetzt wirklich schwierig.

Vorsitzender: Das ist eine blöde Anordnung hier. Ja.

Senatorin Dr. Melanie Leonhard: Na ja, ich will ja auch den Abstand artig halten zu allen. Ich versuche es jetzt einfach einmal so.

Das ist ein Thema. Und Sie sprechen da etwas an, was uns seit Jahren bewegt, wo sozusagen der Stein des Weisen noch nicht da ist, das ist nämlich, dass tatsächlich genauso wie die anderen Bewohnerinnen von Bergedorf, und Harburg ist auch betroffen, auch die Obdachlosen überhaupt nichts davon halten, übermäßig viel in die Innenstadt zu fahren sozusagen. Sie tun das zur Nutzung des Winternotprogramms durchaus partiell, das wissen wir, weil wir die Nutzer kennen sozusagen und wissen, die sind nicht aus der Innenstadt, aber sie tun das für einen Tagesaufenthalt im Grunde nicht gern und fahren wieder nach Bergedorf und fahren nach Harburg. Wir hatten den Höhepunkt vor zwei Jahren, glaube ich, im Winternotprogramm, als tatsächlich einmal mit viel Aufwand, wir gemeinschaftlich mit der Polizei, Leute auch zum Winternotprogramm gefahren haben in der Hoffnung, sie würden sich dort im Umfeld auch häufiger aufhalten. Das Ergebnis war aber, dass sie wieder mit der S3 am nächsten

Tag unmittelbar wieder zurückgefahren sind in den Süden der Stadt. Also da sind offensichtlich dieselben Verhaltensweisen, wie bei den Bewohnern der beiden Bezirke sonst auch, zu beobachten, was uns erstens in Harburg ja dazu gebracht hat, dass es da inzwischen auch eine eigenständige Struktur gibt und die Bergedorfer ja auch überlegen, wo sie Örtlichkeiten, da wird auch konkret gesucht, Räumlichkeiten für einen Tagesaufenthalt da auch noch einmal realisieren können. Also da muss man sagen, da sind die gleichen Phänomene wie bei anderen Gruppen auch.

Vorsitzender: Gut. Vielen Dank. Dann habe ich jetzt noch Frau Rose und Herrn Grutzeck auf dem Zettel und würde Sie beide jetzt vielleicht noch einmal bitten, wir kommen ja gleich noch in die Abstimmung der Anträge, falls Sie zu den Anträgen noch einmal was ergänzen möchten, das mit aufzugreifen.

Abg. Dr. Stephanie Rose: Ja. Ich habe erst zwei kurze Fragen und dann kurze Kommentare. Genau. Also die Fragen zu der Markthalle waren jetzt schon ein paar Fragen, aber ich habe noch nicht ganz verstanden, wie das Hygienekonzept genau aussehen soll, weil, meines Wissens gibt es dort nicht einmal Fenster.

Und dann war immer wieder, schon vorab schriftlich und jetzt auch hier, die Rede von Reserven an Plätzen in der Kollaustraße und Friesenstraße. Und da wäre auch meine Frage, wie das konkret aussieht, also werden dann zusätzliche Betten in die Zimmer gestellt oder sind es Zimmer, die bisher nicht belegt werden. Genau.

Dann habe ich angekündigt zwei Kommentare, einmal zur Hotelunterbringung. Also mich überzeugt dieses Argument mit der dezentralen Versorgungsproblematik überhaupt nicht. Wir hatten jetzt in Hamburg dieses spendenfinanzierte Modellprojekt und die Evaluation war durchweg positiv. Es gab aufsuchende Sozialarbeit und es war völlig ausreichend mit sehr guten Erfahrungen. Und es gibt im Moment in Hamburg eine sehr große Bandbreite an Initiativen, die die Öffnung der Hotels für obdachlose Menschen fordert. Und ich finde, die Hotels stehen jetzt wieder leer, die Überbrückungshilfen vom Bund wurden ausgeweitet und verlängert. Ich finde, das ist Anlass genug, um noch einmal darüber zu sprechen, dass wir die Hotels jetzt öffnen, um eben tatsächlich eine Einzelunterbringung, und Herr Schulz, da bin ich gern frech, zu fordern.

Der zweite Kommentar ist, wir sind jetzt am Ende der Diskussion, das ist mir klar, ich finde es aber schade, dass dieser Antrag zum Runden Tisch so vom Tisch gefallen ist hier ein bisschen und ... Genau.

Ich hoffe, dass dann in diesem angekündigten Zusatzantrag da vielleicht sich was wiederfinden lässt, weil das ja auch neben diesem Winternotprogrammausbau ein großes Anliegen von uns ist, dass da Gespräche stattfinden, um gute Lösungen zu finden.

Vorsitzender: Ja. Da war noch einmal direkt gefragt ...

Senatorin Dr. Melanie Leonhard: Zur Markthalle und Hygienekonzept war noch eine konkrete Frage, und zwar ist es so, die Markthalle ist ja für mehrere tausend Menschen zugelassen, ich glaube, anderthalb oder so in der Spitze. Genau. Ich will jetzt auch nichts Falsches sagen. Wir haben eine Zulassung für 200 Personen, das zeigt schon ..., also wir können da die Abstände gut realisieren, Tische mit wenigen Plätzen und die entsprechenden Angebote da gut aufstellen. Dazu sind wir auch mit dem Bezirksamt vor Ort ja eng im Gespräch gewesen, wie man das dort machen kann hygienegerecht. Das ist der Punkt. Also wir sind mit sehr wenigen Menschen in sehr großen Räumlichkeiten dort. Und es gibt eine mechanische Lüftung, weil das ja auch als Musikspielstätte ... Ich glaube, so sagt man das, ein bisschen im Verwaltungsdeutsch, also, weil da ja auch Konzerte stattfinden mit ganz vielen Menschen und auch viel geheizt wird, gibt es da eine mechanische Lüftungsanlage, die es uns auch ermöglicht, ganz, ganz nach allen Regeln der Kunst das angemessen dort zu nutzen.

Das zweite Thema, was Sie angesprochen haben ... Ich will nur noch einmal für die Sozialbehörde auch sagen, das ist auch für uns ein Riesenthema mit der Versorgung von kranken Obdachlosen in

der Stadt und sozusagen sicherzustellen, dass alle Akteure ihre Aufgaben da auch ordentlich wahrnehmen. Das reicht von unseren Initiativen in der Vergangenheit zum Thema blutige Entlassung und das ist natürlich umgekehrt auch das Einlieferungsthema, das ist ein großes für uns, da können Sie sehr sicher sein, dass wir da jetzt auch noch einmal die Effekte, die vielleicht aus einer gemeinsamen Behörde heraus sich anbieten, nutzen werden. Und mit der Wohnungslosenhilfe sind wir da sehr eng im Gespräch, weil es unsere Akteure da ja auch sehr kümmert. Also nehmen Sie die Betreiber der Krankenstube, die kriegen das jeden Tag fast mit, wie da die Lage ist und dass es da einfach einen hohen Handlungsdruck gibt.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank. Dann Herr Grutzeck.

Abg. Andreas Grutzeck: Ja, kann ich also ein bisschen an Frau Rose noch einmal anknüpfen. Das ist im Grunde auch das, was ich da noch zu sagen wollte. Sie müssen den Antrag schon dann ganz genau lesen. Da steht ja nicht, dass wir uns auf diese Klientel der psychisch Kranken beschränken wollen, sondern das Programm bietet natürlich Chancen auch für alle anderen Arten von Obdachlosen und wir wollen eben auch, dass das Programm gern ausgedehnt wird. Also das wäre da nur ein Anfang.

Und das andere ... noch einmal zum Antrag der LINKEN mit dem Runden Tisch. Ich habe das jetzt verstanden, dass Sie den natürlich heute in die Tonne treten. Aber vielleicht, wenn Sie tatsächlich da noch einmal einen Zusatzantrag einbringen, denken Sie doch einmal netterweise daran, dann zum Runden Tisch auch, wenn der da auch irgendwie in irgendeiner Form stattfinden sollte, dass f & w fördern und wohnen eingeladen wird und vielleicht auch die Krankenhausverbände, das Entlassungsmanagement. Denn auch da sehen wir noch erheblichen Diskussionsbedarf.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank, Herr Grutzeck. Ich sehe jetzt keine weiteren dringenden Wortmeldungen. Insofern würde ich in die Abstimmung der Anträge gehen. Wir haben hier eine Dauerrückkopplung.

Dann rufe ich erst einmal auf die Drucksache 22/1440, Antrag der LINKEN:

Schutz für obdachlose Menschen sicherstellen.

Wer möchte diesem Antrag seine Zustimmung erteilen? – Da sehe ich erst einmal die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. – Wer möchte den Antrag ablehnen? – Da halte ich fest, die Stimmen ... Moment, jetzt muss ich gerade einmal fragen, Herr Schulz, hatten Sie schon abgestimmt? Nein.

(Abg. Marco Schulz: Ja, ja.)

Hatten Sie auch. Das sieht man durch die Dinger nicht so ganz. Dann hatten wir da Ablehnungen in der Fraktion AfD, CDU, GRÜNE und SPD. Und damit haben eigentlich alle auch schon in der Abstimmung teilgenommen. Ich frage der Form halber noch einmal, will sich einer enthalten? – Das sehe ich nicht.

Dann ist das Petikum des berichtenden Ausschusses, dem Antrag ... oder die Empfehlung an die Bürgerschaft, dem Antrag nicht zu folgen.

Zum Antrag 22/1785 ... Nein, der Nächste ist 22/1556, Antrag der CDU:

Neue Chancen für Obdachlose.

Wer möchte der Bürgerschaft empfehlen, diesem Antrag zuzustimmen? – Da sehe ich Stimmen der Fraktionen DIE LINKE, AfD und CDU.

Wer möchte der Bürgerschaft empfehlen, den Antrag abzulehnen? – Da sehe ich Stimmen der Fraktionen SPD und GRÜNE. Damit haben wir auch schon vollständig abgestimmt. Trotzdem noch einmal. Habe ich eine Enthaltung irgendwo übersehen? – Sehe ich nicht. Vielen Dank.

Und wir kommen zum Antrag 22/1785: Versorgungslücken des Hilfesystems.

Antrag der Fraktion DIE LINKE.

Wer möchte dem zustimmen? – Da sehe ich Stimmen der Fraktion DIE LINKE. – Wer möchte den Antrag ablehnen? – Da sehe ich Stimmen AfD, GRÜNE, SPD – Und wer möchte sich enthalten? – Dann haben wir für den Antrag bei Enthaltung der CDU auch hier die Empfehlung an die Bürgerschaft, dem Petitum nicht zu folgen. Vielen Dank.

TOP 2

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 2, das bürgerschaftliche Ersuchen aus dem April 2015: Armutsberichterstattung. Und hier insbesondere zum Thema Lebenslagen von Geflüchteten ist uns ein Bericht noch letzte Legislaturperiode zugegangen. Wir haben ihn vor der Diskontinuität gerettet in diese Legislatur, er wird jetzt beraten und hat, das entnehmen Sie ja schon dem Vorlauf, etwas den Nachteil, dass die Lebenslagen von Geflüchteten im Zeitraum 2016 bis 2018 beschrieben werden, als wir, da sind wir uns, glaube ich, alle einig, noch irgendwie gefühlt in einer anderen Welt lebten. Wir haben einen umfangreichen Bericht vor uns. Trotzdem wollen wir gemeinsam um 7 Uhr fertig sein. Insofern schon einmal vorab mein Appell, sich nicht in zu viele Details zu verlieren. Ich möchte trotzdem einmal einleitend Frau Senatorin die Möglichkeit geben, uns vielleicht ein kurzes Update zu geben, weil der Bericht natürlich tatsächlich eben aus einer anderen Vergangenheit besteht. Aber das Update tatsächlich kurz, also nicht so umfassend wie den Bericht selbst. Bitte schön.

Senatorin Dr. Melanie Leonhard: Das machen wir sehr gern. In der Tat, Sie haben es ja schon gesagt, der umfasst jetzt einen Zeitraum, der nicht nur jetzt in der Vergangenheit liegt, das ist immer so bei Berichten, sondern der in diesem Fall sogar davon geprägt ist, dass sich das Umfeld vollständig verändert hat. Würde ich jetzt ein Update geben in einer Lage ganz normal Ende des Jahres 2019 zum Beispiel oder Anfang 2020, dann würde ich Ihnen berichten können, dass sich die Situation der Geflüchteten in Hamburg an vielen Stellen sehr, sehr gut entwickelt hat. Wir haben regelhaft am Ende eines Jahres immer feststellen können, dass zunehmend besser der Arbeitsmarktzugang gelingt, dass viel mehr Jahrgänge jetzt Schulabschlüsse erworben haben, dass insbesondere der Zugang zu früher Bildung und Betreuung sehr gut gelingt, dass es weiterhin noch Themen gibt beim Anwählen geeigneter beruflicher Qualifizierungen. Wenn der Zugang aber da gelingt, auch tatsächlich das Überwechseln in Arbeit hervorragend funktioniert. Ebenso wie es tatsächlich eine gute Mobilität, wie man es in einer Großstadt eben erwarten kann, tatsächlich auch aus öffentlich-rechtlicher Unterbringung in eigenen Wohnraum gibt. Kurz, dass die Gelingensbedingungen für eine gute Integration gegeben sind, dass sie an vielen Stellen auch gut vorangekommen ist, dass es aber Themen gibt, die uns immer noch eine Denksportaufgabe, will ich einmal sagen, lassen, das ist tatsächlich die Frage der Qualifizierung und Zugang zu qualifizierter Arbeit insbesondere bei geflüchteten Frauen sowohl in Familien wie auch allein. Dass sie nicht in gleicher Weise wie andere Gruppen, insbesondere wenn sie älter sind, es ihnen gelungen ist, am Arbeitsmarkt Zugang zu finden. Zum Teil liegt das daran, dass Qualifizierung entweder nicht vorhanden ist oder nicht in dem Maße, wie es hier der Arbeitsmarkt verlangt. Zum Teil liegt es aber auch daran, dass auch wir angebotsseitig noch stärker darauf setzen müssen, Angebote zu machen sowohl bei Sprachkurs als auch bei beruflicher Qualifizierung, die das Thema Kindertagesbetreuung und Teilzeitfähigkeit in den Blick nehmen. Das will ich einmal pauschal vorab sagen in aller Kürze.

Wir haben jetzt zum tatsächlich Stand 30. September 2020 uns noch einmal die Daten angeguckt. Das ist ja etwas, was Sie auch immer sehr interessiert und können Ihnen sagen, dass Sie, auch wenn wir einmal die Lebensphasen von Geflüchteten nach Ankunft in Hamburg betrachten, wir natürlich auch erlebt haben, und das ist in diesem Jahr ganz besonders so, dass verglichen mit 2015, als sich die Bürgerschaft entschieden hat, einen von vier Lebenslagenberichten konkret der Situation von Geflüchteten zuzuwenden, insbesondere der Zugang von Geflüchteten natürlich stark reduziert hat und nicht mehr mit diesen Anfangsjahren vergleichbar ist. Also ... und sich entsprechend natürlich auch

unser Angebot vollständig verändert hat. Waren es in den Jahren 2015 und 2016 im Wesentlichen Erstaufnahmeplätze, die neu geschaffen und zur Verfügung gestellt worden sind, hat man jetzt einen ganz gegenteiligen Effekt. Die allermeisten sind übergewandert in öffentlich-rechtliche Unterbringung und/oder von dort sogar schon in eigenen Wohnraum. Und in unseren Erstaufnahmen haben wir wirklich nur noch eine sehr reduzierte Platzzahl und eine noch reduziertere gegenwärtig belegt. Dies einmal vorab und dann schauen wir einmal.

Vorsitzender: Vielen Dank, Frau Senatorin. Dann gucke ich einmal in die Runde. Wir könnten jetzt zwar theoretisch abschnittsweise durchgehen, aber meine Sorge wäre, wenn ich abschnittsweise durchgehe, dass wir dann vielleicht drei Abschnitte schaffen und der Rest dann nach 7 Uhr stattfindet. Deswegen mit der Vorbemerkung möglichst präzise Anmerkungen oder Fragen. Frau Ensslen.

Abg. Dr. Carola Ensslen: Ja, erst einmal vielen Dank auch. Das ist ja wirklich ein umfangreiches Material, was da zusammengestellt worden ist zu dem Thema. Es ist aber eben auch angesprochen worden, dass die Aktualität eben auch schnell vorübergeht. Da wäre eben einmal schon einmal die Frage oder Anregung, ob man dieses Zahlenmaterial nicht irgendwie in regelmäßigen Abständen aktualisieren könnte und das dann aber auch wirklich online stellen könnte, weil, ja, nicht nur hier in so einem Ausschuss dann halt zu berichten. So weit, so gut.

Was mir an dem Bericht insbesondere fehlt, ist der Blick über den behördlichen Tellerrand hinaus. Denn ich finde, Lebenslagen lassen sich nicht allein vom behördlichen Schreibtisch aus beurteilen. Also da bedarf es meiner Meinung nach des Gesprächs mit den Betroffenen. Und deswegen hätte es aus meiner Sicht auch unbedingt einer qualitativen Befragung bedurft, um wirklich die Lebenslagen beurteilen zu können. Also da wirft der Bericht für mich schon auch etliche Fragen auf.

Erst einmal würde ich das so ein bisschen übergreifend und aktuell beginnen. Wir hatten es ja vorhin schon bei dem, ja, Thema, was sich ja auch leicht immer ein bisschen überschneidet, nämlich Corona, was ja natürlich das aktuelle Geschehen auch bei den Geflüchteten deutlich beherrscht und auch in der Unterbringung von Geflüchteten eine Rolle spielt. Deswegen und gleichzeitig, also einmal müsste die Belegung ja eigentlich entzerrter stattfinden, andererseits finden Schließungen statt. Wie ist da die aktuelle Lage, der aktuelle Sachstand einerseits hinsichtlich der Schließungen andererseits hinsichtlich der Belegungsdichte oder der Ideen, eben Ausgleichsflächen zu schaffen, Reservekapazitäten also wieder aufzugreifen? Und welche Konsequenzen hat auch letztthin das, was in der ZEA jetzt geschehen ist in dieser Hinsicht?

Das wären jetzt erst einmal meine allgemeinen Fragen.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank, Frau Ensslen. Vielleicht mit der Anmerkung, die ZEA ist ja in Zuständigkeit auch der Innenbehörde, ...

(Dr. Carola Ensslen: Ja.)

... aber, Frau Senatorin.

Senatorin Dr. Melanie Leonhard: Ja, ich will gern versuchen, alles zu beantworten. Also zum einen kann ich Ihnen sagen, wir haben angesichts der Sitzung heute noch einmal die wesentlichen Daten in so einem kleinen Papier zusammengestellt, was wir zu Protokoll geben können, sodass Sie zumindest für die Hauptdaten auch eine aktualisierte Betrachtung dann haben. Eine ganze Reihe von Daten, die im Lebenslagenbericht zugrunde liegen, sind nicht eigens für den erhoben und tatsächlich online zugänglich. Also die Arbeitsmarktdaten sind regelhaft online zugänglich und auch andere, aber wir haben tatsächlich auch die wichtigsten Sachen für Sie zusammengefasst und könnten das zu Protokoll geben, weil ich glaube, es ist nicht schön, wenn ich das jetzt hier vortrage. Das ist, glaube ich, nicht ganz zielführend.

(Zuruf: Ja.)

Ja, okay, dann geben wir das zu Protokoll, Herr Vorsitzender.

Die Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration übersandte dem Ausschuss am 11. November 2020 die diesem Protokoll als Anlage beigefügte Präsentation.

Und das Zweite, was Sie gefragt hatten. Klar geht es immer ein bisschen darum, auch natürlich die Perspektive der Betroffenen einzunehmen. Unsere Aufgabe war ja aber hier anhand von unterschiedlichen Parametern auch Gelingensbedingungen von Integration aufzuzeigen und andere Fragen. Und dem haben wir uns eben im Rahmen dieses Lebenslagenberichts angenommen. Üblicherweise würde man den jetzt ja auch in einem breiteren Kontext tagesaktueller diskutieren. Nun kamen irgendwie Corona und auch eine Wahl dazwischen, das erschwert jetzt hier noch einmal die Aktualität ein bisschen. Ich will aber schon sagen, dass wir sehr wohl auch Bezüge von außen einbezogen haben. Wenn ich einmal auf den Punkt 9.2 in dem Bericht hinweisen darf, da gibt es Praxisexkurse aus dem Sport zum Beispiel und verschiedene Dinge. Also es ist jetzt nicht so, dass wir ausschließlich uns auf uns selbst beziehen da in der Frage und verschiedene Akteure, sondern es gibt diese Exkurse in dem Lebenslagenbericht durchaus.

Dann kurz zur Unterbringungssituation. Zwei Drittel, oder ich glaube sogar mehr, 75 Prozent der Unterkünfte, die wir anbieten in der öffentlich-rechtlichen Unterbringung sind ja abgeschlossener Wohnraum. Das heißt, da haben Sie, auch wenn man auf Corona guckt, ähnliche Bedingungen, wie Sie die auch anderweitig haben bei Menschen, die sozusagen in Mehrfamilienhäusern leben. Worauf wir uns konzentrieren, sind diese anderen Unterkünfte, bei denen das nicht der Fall ist. Also bei den Menschen, die sich eine Küche teilen, Bäder teilen und so weiter. Das ist für uns natürlich ein sehr relevanter Punkt bei der Frage von Infektionskettenunterbrechung und Infektionsvermeidung und -ausbreitung. Dafür, wenn wir solche Situationen vorfinden, dafür haben wir eben die Quarantänestandorte geschaffen, um Menschen dann sozusagen kurzfristig einen Auszug zu ermöglichen aus einer Unterkunft, damit nicht alle dauerhaft unter Quarantäne gestellt werden müssen. Das mussten wir jetzt in wenigen Einzelfällen zum Glück nur machen. Ich glaube, dass es auch insgesamt für die Akzeptanz von Maßnahmen sehr, sehr wichtig ist, auch und gerade bei Gemeinschaftsunterkünften, wenn die nicht dauerhaft für alle angeordnet sind, sondern wenn sie so früh wie möglich partiell die Quarantäne lockern können und einen Beitrag dazu leisten, die Quarantäneunterkünfte, die wir haben. Das ist dann für die Betroffenen immer noch eine Quarantäne, das kann man auch leider nicht ändern, aber wenigstens sind Nichtbetroffene davon dann nicht länger als die Tage bis zum Beispiel zu ihrem Test oder weiter betroffen. Das ist der eine Punkt.

Zur ZEA nur ganz kurz. In der Tat liegt das ja im Regiebereich der Innenbehörde, aber wir sehen da ganz deutlich, wie wichtig auch eine Kontrolle ist und eine Dokumentation über Personen, die Zugang zu einer Einrichtung haben, um am Ende Indexpatienten zu finden. Und es ist ja hier noch nicht vollständig aufgeklärt. Aber es läuft ja sehr viel darauf hinaus, dass sich das Geschehen auch weiter verbreitet hat aufgrund einer Eigenschaft des Virus, nämlich der langen Inkubationszeit, sodass obwohl Menschen ja bei Einreise getestet werden, obwohl sie so lange in Quarantäne sind, untergebracht werden bis die Inkubationszeit abgelaufen ist, wir nicht ganz mit letzter Sicherheit Ansteckungsgeschehen eben vollständig ausschließen können. Das ist das berühmte Beispiel, was viel zu wenig thematisiert wird, das sind die falsch-negativen Tests. Und wir reden ja ständig über falsch-positiv, in Wahrheit macht uns das Thema falsch-negativ viel mehr Kummer an dieser Stelle. Und das wird ja gegenwärtig aufgeklärt. Wo nun wirklich der Indexpatient sozusagen war, das kann ich Ihnen noch nicht sagen.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank. Dann habe ich jetzt Herrn Abaci und der Transparenz wegen, ich habe mich einmal selbst für eine Frage auf die Redeliste gesetzt.

Abg. Kazim Abaci: Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Vielen Dank, Frau Senatorin und vielen Dank auch an die Behörden insgesamt. Dieser Bericht ist ein sehr umfangreicher Bericht und das ist schon eine Grundlage. Aber die Welt hat sich ja verändert, die Welt hat sich auch in Hamburg verändert, Stichwort Corona. Insofern müssen wir den Blick ein bisschen nach vorne einmal werfen.

Ich habe eine beziehungsweise zwei Fragen. Können Sie einschätzen oder wie ist Ihre Einschätzung nach, der Einfluss dieser Coronasituation auf die Erwerbssituation, Erwerbsintegration von Geflüchteten zu beobachten?

Und zusammenhängend mit dieser Frage ist auch, wie im Bereich der Arbeitsmarktpolitik, ob diese Gruppe auch ein Adressat der Arbeitsmarktpolitik in Hamburg ist oder vorgesehen ist. Ob Sie dazu was sagen können.

Die zweite Frage ist im Bereich der Ausbildung und den Jugendlichen, wie hat Hamburg auf diese Situation reagiert und wie schätzen Sie auch, dass der Regelbetrieb von Kitas und Schulen nicht geschlossen werden, diese Einrichtungen. Welchen Einfluss hat Präsenz- und Regelbetrieb der Kitas auf die Kinder und Jugendlichen aus geflüchteten Familien? Vielen Dank.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank. Frau Senatorin, bitte.

Senatorin Dr. Melanie Leonhard: Ja, ich will das versuchen, einmal so gut, wie ich kann, zu beantworten. Also zu Letzterem kann man sagen, das hat für alle Kinder einen großen Einfluss, dass das in Präsenz stattfindet. Bei Geflüchteten noch umso mehr als das, wenn Sprachförderbedarfe da sind. Das ist aber auch ganz plausibel und erklärbar, dass natürlich Unterbrechungen zum Beispiel vom Kita-Alltag für ein dreijähriges Kind über drei Monate – nehmen wir einmal die Vergangenheit, also die erste Phase dieser Coronapandemie –, das ist ja fast ein halbes Kita-Leben für die Kinder in dem Alter. Das hat einen großen Einfluss. Und deswegen gilt, das auch, wo man kann, wo man kann, zu vermeiden. Nun sind wir in so einer Phase der Pandemie, wo es immer einmal wieder zu Einzelschließungen von Standorten kommt und so aus Quarantänegründen, deswegen lässt sich das nicht immer ganz vermeiden. Aber für alle Kinder ist es wichtig, aber für die ist es noch einmal besonders wichtig an dieser Stelle, dass es nicht zu so langen Pausen kommt. Weil, das ist ... im Leben eines Kindes sind das lange Zeiten, das muss man einfach einmal sagen.

Und das Gleiche gilt natürlich abgeschwächt auch für die Schule. Dazu ist ja vieles gesagt. Und ich möchte hier noch einmal Herrn Renz, den Vorsitzenden des Bundes der Kinderärzte in Hamburg, zitieren, der gesagt hat: "Die gesundheitlichen Kosten der Schulschließungen sind höher als die der Schulöffnung." Und das hat nicht nur was mit Geflüchteten zu tun, sondern das gibt einfach eine ganze Reihe von Kindern, die sind gut in der Schule, aber die sind gut im Gruppenlernen. Die haben lange nicht so viel Energie und können das so abrufen, wenn sie das allein zu Hause tun, völlig unbeschadet der technischen Ausstattung. Und wenn Sie eine Sprachbarriere haben und sonst vielleicht noch kein Freizeitleben etabliert, weil sie neu hier sind, ist der Kontakt in der Schule natürlich noch einmal wichtiger. Trotzdem kann es Situationen geben, wo man einmal eine Klasse quarantänisieren muss, einen Jahrgang oder gar eine ganze Schule schließen muss. Wichtig ist aus gesundheitspolitischer Sicht und aus sozialpolitischer Sicht, ich bin keine Schulpolitikerin, ich sehe das sozialpolitisch, dass diese Zustände nicht so lange anhalten. Das ist einfach total wichtig für die Kinder und für die Jugendlichen. Das ist für die biografisch ein viel längerer Zeitraum als für uns. So, das muss man einfach sagen.

Was haben wir, oder was ist getan worden, um im Bereich der beruflichen Bildung auch noch einmal hier Lücken zu schließen? Man kann sagen, dass die Schulbehörde ja insbesondere beim Bereich AVM-Dual, ist es ja in dem Fall, auch noch einmal zusätzliche Angebote unterbreitet hat, um eventuell einen Lückenschluss bis zur Aufnahme einer regelhaften Ausbildung zu ermöglichen, und die fachschulischen Ausbildungen stark ausgeweitet hat, im Vorausnehmen sozusagen, dass womöglich nicht in allen Branchen das Ausbildungsplatzangebot wieder so sein wird, wie vor der Pandemie jetzt kurzfristig. Das ist auch gut angenommen worden. Wir haben superhohe Anfängerquoten überall. Also ... Aber wir erleben parallel natürlich trotzdem, dass die Unternehmen eher sagen, sie könnten mehr Auszubildende aufnehmen, als sie gegenwärtig haben. Das schwankt auch von Branche zu Branche, hat auch zum Teil was mit den Branchen zu tun, aber das konnten wir ja auch lesen jetzt in diesen Tagen. Das ist das Zweite.

Und das Dritte ist, was Sie gefragt hatten, gerade arbeitsmarktpolitisch. Ja, da spielen Geflüchtete weiterhin eine große Rolle. Alle Anstrengungen zum Beispiel um das Hamburg Welcome Center dienen ja sozusagen dem Zweck, dass Menschen, die neu ins Land kommen – übrigens geflüchtet oder nicht – anhand ihrer beruflichen Qualifikation so gefördert werden und ein solches Angebot bekommen, dass es ihnen möglichst ohne Umschweife gelingt, im Arbeitsmarkt auch anzulanden. Dieses alles ... und da können Sie sicher sein, dass das auch künftig einen großen Schwerpunkt bildet, wir brauchen das als Stadt, aber diese Menschen brauchen das auch. Und die Arbeitgeber auch übrigens, inklusive ausländerrechtlicher Beratung und, und, und, was da noch dazugehört. Ja.

Und ja, Geflüchtete sind jetzt auch von den Einschränkungen massiv betroffen gewesen aus mehreren Gründen. Zwei Hauptgründe waren, die Branchen, in denen die viel Fuß gefasst haben, waren jetzt besonders betroffen – Gastronomie, Hotellerie, verschiedene mehr. Das ist der Punkt 1. Also sie waren bei den Schließungen als Erste mit dabei beim Thema Kurzarbeitergeld und so weiter und so fort. Und das zweite Thema ist, sie waren leider auch unter denen dabei, wo, wenn Arbeitsplätze abgebaut worden sind, es natürlich diejenigen zuerst getroffen hat mit befristeten Arbeitsverträgen, mit kurzen Angehörigkeitszeiten in Unternehmen, sodass man davon ausgehen muss – noch liegen nicht alle Statistiken vor –, dass wir da auch noch einmal eine besondere Betroffenheit additiv haben. Also gehen im Grunde, wenn wir uns einmal trauen, an eine Nach-Pandemie-Zeit zu denken, die Arbeitsmarktbemühungen mit großer Kraft dann auch wieder los, wieder hier Integration in Arbeit herzustellen, wenn es möglich ist, weil es ... Unser Ziel muss sein, dass diese Abstände nicht zu lang werden, also dass man nicht zu lange arbeitslos ist unnötig. Und das ist jetzt mit die größte Aufgabe, die wir zu leisten haben, dann, wenn wir können. Noch geht es ja nicht richtig.

Vorsitzender/Abg. Michael Gwosdz: Ja, vielen Dank, Frau Senatorin. Dann habe ich jetzt zunächst mich und dann Herrn Grutzeck und dann noch einmal Frau Ensslen, die ich gleich notiere.

Ich habe eine Frage zunächst einmal und schließe noch zwei kleinere an. Eine Frage habe ich aber noch einmal, weil, wir haben ja verschiedene Berichte Lebenslagenberichte, wir sind gern geneigt, im Parlament auch Berichte anzufordern umfassender Art. Und gerade bei dem Bericht merkt man jetzt exemplarisch noch einmal, was das heißt, so einen großen Bericht zu erarbeiten, und bis man ihn dann zur Beratung hat, sich die Freiheiten zu stellen, welche Schlussfolgerungen kann man eigentlich noch ziehen auf Basis älterer Daten, die zusammengetragen wurden und dann ändert sich auf einmal durch so ein Ereignis wie Corona vielleicht die Situation auch noch einmal ganz grundlegend. Ich hätte aber einmal die Frage nämlich dann zum Entstehen des Berichts. Vielleicht können Sie noch einmal sagen, hat Ihnen selbst in der Behörde das Zusammentragen während der Berichterstellung eigentlich einen Mehrwert gebracht? Das ist die eine Frage, die ich so generell anstellen wollte.

Und anknüpfend an Frau Ensslen und der Frage auch der Perspektive der Betroffenen selbst. Ich habe ja sehr mit Spannung auch noch einmal den kurzen, aber ganz interessanten Abschnitt auch zu Partizipationsmöglichkeiten für die Geflüchteten gelesen und die Frage natürlich der Bewohnerinnenbeiräte, die ich sehr wichtig finde. Da würde ich einmal konkret fragen, jetzt gerade in dieser angespannten Situation rund um Corona, welche Rolle da die Bewohnerinnenbeiräte spielen. Vielleicht können Sie da noch einmal sagen, gibt es da einen Austausch und ist das auch unterstützend, um das Verständnis der Maßnahmen bei den Bewohnerinnen und Bewohnern zu erhöhen?

Und anknüpfend an Herrn Abaci noch einmal die Frage in der Arbeitsmarktintegration. Gibt es eigentlich auch noch einmal Erkenntnisse, die deutlich machen, dass wir noch einmal Veränderungen vielleicht auch auf Bundesebene brauchen in Programmen oder rechtlichen Vorgaben für die Integration von Geflüchteten auf dem Arbeitsmarkt? Und dabei will ich es belassen, weil, man kann ja aus dem Bericht noch ganz viel fragen.

Senatorin Dr. Melanie Leonhard: Ich fange einmal an. Ich würde Frau Hoppe gleich das Wort erteilen mit Ihrem Einverständnis, weil sie federführend die Zusammentragung in der Behörde auch koordiniert hat zu den Learnings.

Zu der Frage bundesgesetzliche Änderungen. Also es gibt, ich sage einmal, immer den einen oder anderen Nachschärfungsbedarf am Arbeitsmarktbereich, den wir finden im Verlauf von gut ... Allein schon, wenn man gut laufende Integrationsmaßnahmen beruflich sieht und feststellt, die sind nicht im Regelsystem, die haben wir jetzt nebenbei sozusagen konzipiert, dann ist schon der Nachholbedarf, das eigentlich auch einmal für das Regelsystem zugänglich zu machen im SGB II zum Beispiel.

Es gibt drei Themen, die wichtig sind. Das eine ist die Sprachförderung. Also wir haben ja weiterhin die Situation bei den Menschen, die aus den sogenannten sicheren Herkunftsländern kommen oder denen mit einer Anerkennungsquote knapp unter 50 Prozent, dass die warten müssen, bis das Verfahren abgeschlossen ist. Das halte ich nach wie vor für einen großen Fehler. Da gibt es erheblichen Nachsteuerungsbedarf, weil, wenn die in den allermeisten Fällen dann doch anerkannt werden, ist viel Zeit verloren gegangen, wo man Qualifizierung hätte anbieten können und müssen. Das finde ich einen Nachsteuerungsbedarf.

Dann habe ich ja persönlich als Frau das Thema mit dem Paragraf 10 im SGB II, den ich integrationshinderlich finde, der einem ja ermöglicht, nach der Geburt eines Kindes sozusagen sich mehrere Jahre von Qualifizierungsmaßnahmen freizuhalten. Das führt natürlich auch dazu, dass, wenn es nicht wirklich eine große intrinsische Motivation gibt, diese Leute nicht bei jedem Jobcenter auch zum Gespräch, zur Beratung eingeladen werden und da entsteht richtig die Qualifizierung. Das halte ich auch heutzutage nicht mehr für zeitgemäß. So, das sind so die großen Punkte.

Und dann haben wir ja auch diesen mühevollen Lückenschluss beim BAföG nur hinbekommen. Der ist immer noch nicht so, dass man sagen muss, das ist zufriedenstellend. Und auch das, finde ich, ist ein Nachsteuerungsbedarf, offen gestanden, neben vielen anderen Kleinigkeiten. Vielleicht Frau Hoppe zu den anderen Themen.

Frau Jana Hoppe: Ja, gern. Also für uns war das eine sehr spannende Aufgabe, eine sehr interessante Aufgabe, aber auch eine herausfordernde Aufgabe, weil die ganzen Bereiche, die wir hier abgebildet haben, ja auch in unterschiedlichen Zuständigkeiten liegen. Wir haben uns aber versucht anzunähern sozusagen mit der Frage, was heißt eigentlich Lebenslage für die Geflüchteten und wir haben den Punkt betrachtet nach Ankommen der Flüchtlinge. Also es ist klar, dass sich die Lebenslagen für alle Geflüchteten verbessert haben seit sie sozusagen hier sind. Aber wir haben natürlich geschaut nach der Hochzeit von 2015/2016 bis 2018 und wir verfolgen auch bestimmte Bereiche jetzt weiter, wie sich die Lebenslage der Geflüchteten dort verbessert hat.

Interessant war für uns zunächst, die Basisdaten einmal zu erheben. Ausgangspunkt ist natürlich, dass das eine sehr heterogene Gruppe ist, unterschiedliche Herkunftsländer, unterschiedliche Kulturkreise, unterschiedliche Bildungsniveaus, unterschiedliche Familienkonstellationen, Alter, Geschlecht und so weiter. Das haben wir versucht, einmal aufzublättern und sozusagen dann uns unterschiedliche Gruppen versucht, auch noch einmal rauszupicken, Frauen beispielsweise, Langzeitgeduldete und so, die wir noch einmal ein bisschen stärker in den Fokus genommen haben und betrachtet haben.

Ein Punkt, der auch bei uns in der Überlegung ganz stark war, war noch einmal die Frage, wovon hängt das eigentlich ab, dass Teilhaberechte, Teilhabechancen für Geflüchtete eröffnet werden. Und das ist ganz klar der aufenthaltsrechtliche Status. Und auch da haben wir noch einmal die Daten zusammengetragen, welche Gruppe, auch nach Herkunftsländern und so weiter, hat welchen Status und haben tatsächlich festgestellt, dass eine erstaunlich große Gruppe, nämlich der Großteil der Geflüchteten eine Aufenthaltserlaubnis, also einen guten Aufenthaltsstatus hat, der umfangreiche Teilhabe-möglichkeiten eröffnet, die dann zum Teil auch genutzt werden, zum Teil aber auch noch ausgebaut werden müssen, die Senatorin hat es angesprochen.

Und so haben wir uns für jeden Teilbereich angeschaut – wir kamen natürlich so ein bisschen auch aus dieser Wohnperspektive, also als ehemaliger zentraler Koordinierungsstab – und haben uns na-

türlich die Unterkunftssituation, die Standards angeschaut. Wie haben sie sich sozusagen von prekären Unterkünften in eher hin zu öffentlich-rechtlicher Unterbringung bis zu privatem Wohnraum entwickelt. Und so könnte ich das jetzt für alle Bereiche aufblättern.

Aber also, Sie haben recht, das wurde hier schon mehrfach angesprochen, diese Frage der Aktualität ist jetzt schwierig in so einem Bericht. Aber es gibt ja Bestandteile wie das Lagebild, was auch monatlich veröffentlicht wird, was jeder einsehen kann oder auch das Integrationskonzept, wo eben die Daten dann auch weiter vorgehalten und berichtet werden. – Danke.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank, dann habe ich jetzt Herrn Grutzeck, Frau Ensslen, und Herrn Schulz.

Abg. Andreas Grutzeck: Ja, ich hätte einen ganz langen Katalog, aber ich beschränke das jetzt einmal auch auf einige wenige Teilpunkte. Vielleicht erst einmal ganz allgemein. Warum hat sich eigentlich innerhalb der letzten drei Jahre der Anteil der Leistungsbezieher nicht wirklich verringert? Warum? Ja, also nicht wesentlich, finde ich. Können Sie ja gleich sagen.

Zu den Qualifizierungsmaßnahmen für Geflüchtete, da sagten Sie eben, Frau Senatorin, da gäbe es doch erheblichen Bedarf. Und da erwarten Sie natürlich nicht ganz zu Unrecht, dass der aus Berlin geschlossen wird. Gleichwohl natürlich die Frage, was tut Hamburg denn in der Beziehung und kann denn Hamburg gegebenenfalls auch diese Lücken weiter schließen.

Und als Letztes auch noch einmal eine allgemeine Frage, warum es eigentlich so wenig Anerkennungsverfahren bei Personen aus den Hauptherkunftsländern gibt. Da sind wir zumindest drüber gefallen, dass das also im Verhältnis sehr wenige sind.

Vorsitzender: Ja. Meinen Sie asylrechtliche Anerkennungsverfahren?

Abg. Andreas Grutzeck: Ja.

Senatorin Dr. Melanie Leonhard: Wir gucken einmal, ob wir es parallel auflösen können. Sonst muss ich Sie bitten, Herrn Grote noch einmal zu befragen.

Abg. Andreas Grutzeck: Okay.

Senatorin Dr. Melanie Leonhard: Aber wir schauen einmal, ob wir es vielleicht irgendwo in den Unterlagen haben, dass wir was dazu sagen können.

Ich mache einmal ganz ..., versuche das auch so kurz, aber so tiefgehend wie möglich zu machen. Leistungsberechtigtenanteil, das kann man so nicht sehen, wie Sie das sozusagen betrachtet haben. Tatsächlich ist es ja so, mit allen neuen Menschen, die kommen, gibt es erst einmal einen großen Anteil von Menschen, die im Asylbewerberleistungsgesetz sind. Und mit ihrer Anerkennung wandern sie ins SGB II. Zwischenzeitlich wandern aber aus dem SGB II immer Leute raus. Und es hat uns sehr, sehr überrascht, wie das gelingt sozusagen, auch in Arbeit zu kommen. Nicht alle können aber von ihrer Arbeit schon vollständig leben oder verdienen während ihrer Qualifizierung so viel Geld, dass es schon reicht, und dann bleiben sie SGB-II-Leistungsempfänger, zum Beispiel mit ergänzenden Leistungen oder über KdU. Das heißt, es gibt in Wahrheit einen überraschend großen Anteil von Menschen, die weniger oder gar nicht mehr auf Hilfe angewiesen sind. Aber durch das inzwischen gute Vorankommen der Anerkennungsverfahren – was ja in den ersten Jahren nicht so war, Sie erinnern sich, dass da Anträge zum Teil 24 Monate, 36 einfach aufgrund der Zahl gedauert haben, bis sie bewilligt worden sind – haben Sie dann immer so einen Schwung von Nachzug ins SGB II. Wir freuen uns eigentlich immer, wenn jemand da ankommt, weil dort können wir dann sozusagen alles an Spektrum von beruflicher Bildung anbieten, was dann auch hilft, qualifiziert in den Arbeitsmarkt einzumünden. Das heißt, das, was Sie an Zahlen sehen, ist immer nur der SGB-II-Stand und es wird nicht sozusagen dokumentiert, was ist abgegangen und was neu hinzugekommen. Das ist, ja, so ... Insofern ist der Zustand sehr viel besser als die Zahlen zumindest Ende '19 gewesen, als die Zahlen das jetzt vermuten lassen.

Dann Qualifizierung, Geflüchtete, Bedarf, was macht Hamburg, was macht der Bund. Unsere wesentliche Kritik ist aus Hamburger Sicht – aber sind wir nicht alleine – schon seit Jahren ist diese harte Grenze, die eingezogen worden ist beim Angebot von Integrations- und Sprachkursen für die Menschen aus den sogenannten sicheren Herkunftsländern. Das hat man an dieser 50-Prozent-Quote festgemacht. Und wir erleben, dass trotzdem ja ein hoher Prozentsatz am Ende anerkannt wird, aber dann 18 Monate, 24 Monate, das sind manchmal 36 Monate, die so ein Verfahren läuft, keinen Anspruch hat, jedenfalls keinen Rechtsanspruch auf so einen Kurs. Und das ist ein Problem. Und wir versuchen in Hamburg – was tut Hamburg? –, das ein bisschen abzumildern, indem wir über das Flüchtlingszentrum landesfinanzierte Sprachkurse anbieten, dann dürfen diese Menschen auch daran teilnehmen. Wir können das aber natürlich nicht in der Zahl, in der das eigentlich erforderlich wäre, abbilden. Also wir geben da einen hohen Betrag für aus. Es waren im Durchschnitt immer 2 000 Kursplätze im Jahr, also in diesen Hochzeiten. Aber das ist natürlich etwas anderes als zu sagen, von Anfang an gibt es auch eine Integrationsförderung. Das ist die Hauptkritik, die ich habe.

Und dann haben sie bestimmte Formen von beruflicher Weiterbildung, die gibt es nur im SGB II. Und auch dafür muss ihr Verfahren dann sozusagen abgeschlossen sein, sie müssen in dem Rechtskreis erst einmal ankommen. Das finden wir schade, weil, manchmal, wenn man früher anfinge, bekäme man nachhaltigere Erfolge da an der Stelle. Es setzt nicht erst eine Dequalifizierung ein. Und auch da – was tut Hamburg? –, wir haben mit W.I.R, Work and Integration vor Refugees, diese One-Stop-Lösung, die wir damals geschaffen haben inklusive ausländerrechtlicher Beratung, ja vielen Menschen auch zu einer Qualifizierung verholfen, die beruflich verwertbare Qualifikationen auch hatten, die noch nicht im SGB II angekommen waren. Also da haben wir sozusagen landesfinanziert selbst alles zusammengeschmissen an Ressourcen, um diese Menschen gut in Arbeit oder Qualifizierung zu bringen. Da ist es ja sogar so, dass dieses Modell sich jetzt von anderen Kommunen und Ländern abguckt wurde. Aber wir können natürlich gerade in so Jahren wie '15, '16, '17 bei hohen Zugängen niemals diese Grundförderung ersetzen, die es nicht gibt. Und deswegen ist die anhaltende Hamburger Kritik da, den Bund doch noch einmal dazu zu bewegen, seine Politik grundsätzlich zu verändern. Es ist sonst ..., man tut sich auch integrationspolitisch, glaube ich, keinen Gefallen.

Zu den Anerkennungsverfahren müssten wir noch einmal gucken, wie wir das Richtung Innenausschuss steuern, die Frage.

(Zuruf)

Sonst kann Frau Lotzkat noch einmal versuchen.

Staatsrätin Petra Lotzkat: Ja, also, mir fehlt noch so ein bisschen die Fantasie, woraus Sie das ableiten, weil, wir haben ja dargestellt einmal sozusagen die unterschiedlichen Aufenthaltsstatus, die die Geflüchteten haben. Und wenn Sie jetzt auf Seite 17 sich das angucken bei den Asylverfahren, da haben wir 2015, 2016 die großen Steigerungen. Das waren ja die Zeiten, als das BAMF, das ja die Erstanträge auch sozusagen bewilligt oder eben nicht bewilligt, aber durchführt, die Verfahren durchführt, haben wir ja die große Steigerung. Und da waren die Verfahrensdauern so lange und so weiter. Und dann sehen Sie, dass praktisch der Status Aufenthaltsgestattung deutlich sozusagen sich verringert. So. Und auf der anderen Seite haben Sie dann eben Zugänge in den anderen Schutzformen. Also wenn dann Aufenthaltbewilligungen erteilt worden sind in den unterschiedlichen Schutzstatus, haben Sie da ja natürlich den Aufwuchs. Und wir haben in der Unterlage, die wir, wie Frau Leonhard eben hier schon angekündigt hat, noch einmal die in Hamburg lebenden Geflüchteten von 2015 bis 2020 aufgeführt in den unterschiedlichen Aufenthaltsstatus. Und das ist dann die Bestandszahl, also die Anzahl der Verfahren können Sie daraus gar nicht ableiten.

Vorsitzender: Gut, dann hat Frau Ensslen das Wort. Danach Herr Schulz.

Abg. Dr. Carola Ensslen: Genau, auch ich versuche mich einzudampfen in meinen vielen Fragen. Erst einmal finde ich es aber auch nicht ganz einfach, jetzt den Bereich der Erstaufnahmen und der

Folgeunterbringungen zu trennen. Der Bericht berichtet nun einmal über alles. Wäre ja vielleicht hilfreich gewesen, wenn dann auch jemand von der Innenbehörde da gewesen wäre.

Ja, Anlass der Berichterstattung, Seite 7. Das ist ja der Wille der Koalition schon in der letzten Legislaturperiode gewesen, jetzt setzt sich das fort und der Koalitionsvertrag sagt dazu, es soll weiterentwickelt werden, diese Berichterstattung. Da wäre meine Frage, ja, wie und mit welchen Zielen.

Zur Asylverfahrensberatung würde ich dann doch auch ganz gern fragen, obwohl das nicht ganz hierhergehört. Da geht es ja um diesen verbindlichen Prozess der Beratung durch die ÖRA. Da würde mich interessieren, wie das im Moment in Coronazeiten eigentlich aussieht, kann das so durchgeführt werden, ja, wo sind da die Hürden und Schwierigkeiten an der Stelle.

Dann Unterbringung und Wohnen, Seite 34 fort folgende. Da wird ja auch noch einmal geschrieben, dass eben jedem Bewohner, jeder Bewohnerin sieben Quadratmeter zustehen, unabhängig vom Alter, in der Regel zwei Personen pro Zimmer. Da würde mich interessieren, wird das denn tatsächlich so eingehalten mit den sieben Quadratmetern, insbesondere bei Familien mit Kindern und in diesen Modulwohneinheiten, die da so drei Zimmer fix haben. Und, ja, also wie ist da der Umsetzungsstand dieses Standards?

Dann, Plätze für LSBTI-Refugees wurden 43 für 2019 genannt. Wie ist da der momentan..., also wie viele Plätze stehen da momentan zur Verfügung und wie ist der Bedarf dafür? Geschützte Unterbringung kann man da auch gleich dazu nehmen. Wie ist der aktuelle Stand in Bezug auf die Loogestraße, also wann geht das ..., also ist die jetzt inzwischen voll belegt? Wie ist da die Belegung?

Und letztlich noch einmal das Stichwort Schulbildung, weil eben in Coronazeiten der Internetzugang für alle so extrem wichtig ist, wie sind da im Moment ..., wie ist der Stand der Dinge und welche Bemühungen werden unternommen, um das zu verbessern in den Unterkünften.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank. Viele Fragen. Frau Senatorin.

Senatorin Dr. Melanie Leonhard: Ja, ich hoffe, wir vergessen nichts. Wir versuchen einmal, das so aufzuteilen unter uns.

Vorsitzender: Ja, genau. Ich werde noch einmal abschließend rückfragen, ob (...).

Senatorin Dr. Melanie Leonhard: Genau, notfalls muss das noch einmal nachgefragt werden. Also wir versuchen das einmal aufzuteilen.

Ich hatte ... Oder ich fange einmal mit WLAN an und dann arbeiten wir uns so zurück sozusagen. Also der Stand ist, wir sind jetzt im Moment in der zweiten Phase der Realisierung, wir haben ja die Unterkünfte sozusagen erst einmal daraufhin geprüft, wo ist unter welchen Möglichkeiten was machbar. Die Hürden sind ganz klar, dass einige Unterkünfte erstens bei der Modulbauweise aus Containern tatsächlich technische Restriktionen haben, also Sie können dann kein guten WLAN-Empfang in den einzelnen Compartments herstellen. Das ist ein Problem. Da sozusagen ist es aber tatsächlich so, das sind überwiegend Unterkünfte, die ohnehin nicht sehr lange Bestand haben werden, also zum Teil im Abbauprozess begriffen sind, sodass das zwar weiterhin nicht gut ist, aber aus unserer Sicht ein Stück weit sich ja irgendwann erledigen wird. Das zweite Problem ist, dass wir einzelne Unterkünfte haben, die sind relativ in Stadtregionen gegeben, wo die Leitungsversorgung nicht so gut ist. Da haben wir Gespräche und Verhandlungen mit Dienstleistern, um das zu ermöglichen. Da sitzen sozusagen die Menschen in der Unterkunft im gleichen Boot mit ihrer Nachbarschaft, die da auf eine bessere sozusagen Versorgung wartet. Die wird dann zum Teil nicht extra für uns hergestellt, sondern da müssen wir uns in so Zeitschienen einordnen, die da durch die Anbieter vorgeben werden.

Was die Loogestraße betrifft, die ist inzwischen gut belegt. Ich müsste jetzt Frau Hoppe einmal fragen, ob sie voll ist, tagesaktuell, das könnte ich jetzt nicht sagen. Aber sie ist inzwischen gut belegt, sie wird auch gut angenommen, es funktioniert auch in dem Stadtteil ganz gut. Insofern hat sich das sehr bewährt, auf dieses Modell zu setzen sozusagen.

Staatsrätin Petra Lotzkat: Über 80 Prozent.

Senatorin Dr. Melanie Leonhard: Über 80 Prozent. Also wenn Ihnen das reicht, dann konnten wir diese Auskunft sozusagen unmittelbar geben.

Die Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration erklärte am 11. November 2020 Folgendes zu Protokoll:

„Einrichtung Loogestraße in Eppendorf:

Die Einrichtung zur öffentlich-rechtlichen Unterbringung schutzbedürftiger Frauen in der Loogestraße in Eppendorf hat ihren Betrieb zum 12.05.2020 aufgenommen. Der aktuelle Belegungsstand beträgt 57 Personen.“

Dann hatten Sie noch einmal nach den Quadratmeterzahlen gefragt. Das ist überwiegend umgesetzt. Wir haben im Einzelfall dann immer einmal so Situationen, dann kommt da noch ein Geschwisterchen nach, es kann nicht sofort umgezogen werden, sodass das durchaus auch Fälle gibt, wo dies unterschritten wird. Unser Ziel ist aber, solche engen Belegungssituationen dann immer zu entspannen. Und wir haben natürlich auch extra Spielzimmer geschaffen in einzelnen Einrichtungen. Trotzdem ist unser Ziel, das dann zu entspannen und dann auf Umzüge hinzuwirken, wo das nötig ist sozusagen. Das ist ja auch geboten ab einer gewissen Familiengröße.

Dann hatten Sie noch einmal ... Da würde ich Frau Hoppe ... Oder welches hatte ich jetzt?

(Zuruf: Weiterentwicklung des Lebenslagenberichts.)

Ah, Weiterentwicklung des Lebenslagenberichts, das war schon die erste Frage. Da gab es tatsächlich das politische Anliegen, und das wollen wir gern umsetzen, zu versuchen, noch einmal kleinräumigere Daten mit den Daten, die wir sowieso als Behörde haben, zu verbinden. Der Wunsch war insbesondere, ob man die RISE-Berichterstattung mit anderen Formen der Sozialberichterstattung verknüpft und so noch einmal zu besseren Aussagen kommen kann an dieser Stelle. Das haben wir jetzt aber noch nicht begonnen, muss man sagen, da. Das ist ein Beispiel.

(Zuruf)

– Noch einmal, wie bitte?

(Zuruf)

Ah, ÖRA, Beratungssituation in der ÖRA. Gerade bei der Migrationsberatung in der ÖRA ist es so, das wird ja überwiegend durch hauptamtliche Kräfte geleistet, sodass wir da inzwischen sagen können, das ist nach Terminvergabe wieder in vollem Umfang am Start. Wir haben da entsprechende Schutzmaßnahmen auch realisiert. Die Scheiben, die Sie aus den Gerichten kennen und so weiter, sind dort auch installiert, sodass da inzwischen wieder ein guter Beratungsbetrieb möglich ist und damit auch eine Rechtsberatung für die Betroffenen gewährleistet werden kann.

So, ich hoffe, wir haben jetzt nichts vergessen. Das sind die Sachen, die wir zu dritt hier zusammengetragen haben.

(Zuruf: LSBTI.)

LSBTI. Ah, Entschuldigung. Ich kann Ihnen keine tagesaktuelle Zahl sagen, die können wir nachfragen und zu Protokoll geben. Aber grundsätzlich ist es ja bei der Zielgruppe so, dass wir da einfach das Versprechen gemacht haben und uns daran halten, wenn da dringend Plätze gebraucht werden, dann versuchen wir, die Menschen auch in der Stadt unterzubringen. Und bisher ist das auch immer gelungen.

Die Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration erklärte am 11. November 2020 Folgendes zu Protokoll:

„Plätze in öffentlich-rechtlicher Unterbringung für LSBTI (lesbisch, schwul, bisexuell, transgeschlechtlich, intergeschlechtlich):

Für den Personenkreis der LSBTI* stehen in öffentlich-rechtlicher Unterbringung aktuell 83 Plätze zur Verfügung. Von diesen sind 21 Plätze belegt. Alle Bedarfe können aktuell gedeckt werden.“

Vorsitzender: Gut, vielen Dank. Ich gucke noch einmal zu Frau Ensslen. Ist irgendwas vergessen worden?

(Abg. Dr. Carola Ensslen: Ah, nein.)

Sonst ... Genau. Dann zunächst einmal Herr Schulz.

Abg. Marco Schulz: Ja, vielen Dank. Auch erst einmal ein großes Lob für die Ausführlichkeit von dem Bericht. Der lässt kaum Fragen offen. Daher möchte ich konkret auf die Thematik Integrationshilfsangebote hinaus, weil, genau dort habe ich etwas vermisst, und zwar konkret ein, ja, leider, leider immer noch nicht von der Hand zu weisendes Problem, das wir so gesehen bei der Gruppe der Flüchtlinge durchaus – das "Hamburger Abendblatt" hat im September erst wieder berichtet – immer noch eine gemessen an der Bevölkerung durchaus überproportional große Kriminalitätsrate haben, die, Gott sei Dank, zurückgeht, im Vergleich zu 2018 aber halt, wie gesagt, immer noch überproportional ist. Ich finde in dem Bericht ganz viel auch wahnsinnig interessante Integrationsangebote und Hilfeleistungen, alles zum Beispiel auch, was Rechtliches (anbelangt, der Hochschulsektor beispielsweise auch, aber genau diesen Punkt, da habe ich überhaupt nichts zu gefunden, also sprich, ich sage jetzt einmal, Einweisung in unser Rechtssystem, in unser Wertesystem. Die Bezirke sind da damals noch ein bisschen vorgeprescht und haben zum Beispiel in Wandsbek in Kooperation mit der Polizei diesbezügliche Programme hochgezogen, dass man dann also mit der Polizei beispielsweise in Einrichtungen gegangen ist und da einmal eine Grundeinweisung in unser Rechtssystem gemacht hat. Ist ja auch soziologisch vieles verständlich, habe im Sommer selbst erst das Recht gebrochen, als ich erfahren habe, dass man in Schweden in der Öffentlichkeit gar nicht mehr rauchen darf. Manches muss einem ja einmal erklärt werden. Und da wollte ich einfach drauf hinaus, ob es da weitere Programme mittlerweile gibt, ob da was in Planung ist und so weiter.

Vorsitzender: Frau Senatorin.

Senatorin Dr. Melanie Leonhard: Ja. Zu den Angeboten, die es gibt. Es hat damals, das war nicht über die Polizei, sondern über den Richterverein, unterschiedlichste Unterweisungen und Angebote, Bildungsangebote gegeben zu unserem Rechtssystem. Das ist tatsächlich basierend auf ehrenamtlichem Engagement auch über den Bezirk Wandsbek hinaus gewesen. Inzwischen bietet das BMI auch für noch nicht anerkannte Geflüchtete die sogenannten Erstorientierungskurse an, da findet auch all dieses statt. Ansonsten wird es in diesem Bericht tatsächlich auch noch einmal aufgegriffen unter dem Absatz, was sind Gründe für einen Anspruch von Weiterwanderungsberatung und freiwillige Rückkehr. Ich will aber noch einmal deutlich sagen, dass wir, wenn wir die Kriminalstatistiken genau betrachten – aber das ist ja jetzt auch nicht der Innenausschuss –, feststellen, dass wir insgesamt bei Männern gewissen Alters einen gewissen Überhang bei Kriminalität haben und das nicht flüchtlingsexklusiv ist, muss man sagen an der Stelle.

Vorsitzender: Dann habe ich jetzt erst einmal keine weitere Wortmeldung. Ich gucke noch einmal in die Runde, ob es noch Fragen gibt oder ob umfassend genug über den Lebenslagenbericht beraten wurde. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann danke ich den Senatsvertreterinnen für die umfassenden Antworten auf unsere Fragen und stelle fest, dass wir als Ausschuss davon Kenntnis genommen haben und der Bürgerschaft entsprechend berichten werden, berichten werden über unsere Beratungen.

TOP 3

Durchführung der nächsten Ausschusssitzung im Format einer Videokonferenz

Der Vorsitzende berichtete, die Bürgerschaftskanzlei habe die technischen Voraussetzungen dafür, Ausschusssitzungen – die Geschäftsordnung lasse diese Möglichkeit schon länger zu - per Video- oder Telefonkonferenz durchzuführen, nunmehr geschaffen. Er rege deshalb in Anbetracht der steigenden Zahlen von Coronainfektionen und der Maßgabe, vermehrt auf Präsenztermine und Kontakte zu verzichten, an, die nächste Sitzung im Rahmen einer Videokonferenz durchzuführen.

Die SPD-Abgeordneten erklärten, sie könnten sich das Format einer Video-, nicht aber einer Telefonkonferenz vorstellen.

Die Abgeordneten der GRÜNEN unterstützten den Vorschlag. Es wäre eine wichtige Symbolik, nicht so weiterzumachen, als sei nichts passiert. Auch die Abgeordneten sollten ihre Kontakte einschränken, was in vielen Bereichen auch schon passiere. Es gehe dabei zudem darum, die Arbeitsfähigkeit des Parlaments zu erhalten, damit nicht alle kollektiv in Quarantäne müssten.


Der AfD-Abgeordnete bezeichnete die Schaffung der technischen Voraussetzungen als richtig und wichtig. Aktuell sehe er allerdings für eine Umsetzung noch keinen wirklichen Anlass, denn das Hygienekonzept funktioniere. Die Plexiglaswände seien zudem schon teuer genug für den Steuerzahler gewesen. Er plädierte deshalb dafür, an den Präsenzterminen festzuhalten.

Der Vorsitzende bat zu bedenken, dass eine Videokonferenz wieder eine stärkere Einbindung der Öffentlichkeit ermöglichen würde.

Die CDU-Abgeordneten sprachen sich ausdrücklich dafür aus, dieses Instrument auszuprobieren, zumal die Durchführung einer Videokonferenz keine zusätzlichen Kosten verursache.

Die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE stimmten ebenfalls zu und baten eindringlich darum, über dieses Format endlich die Öffentlichkeit der Ausschusssitzungen wiederherzustellen.

gez. Michael Gwosdz (GRÜNE) (Vorsitz)	gez. Metin Kaya (Fraktion DIE LINKE) (Schriftführung)	gez. Frauke Meyer-Bai (Sachbearbeitung)
---	---	---



ZUR SITUATION DER GEFLÜCHTETEN IN HAMBURG

Aktualisierte Daten zum Lebenslagenbericht

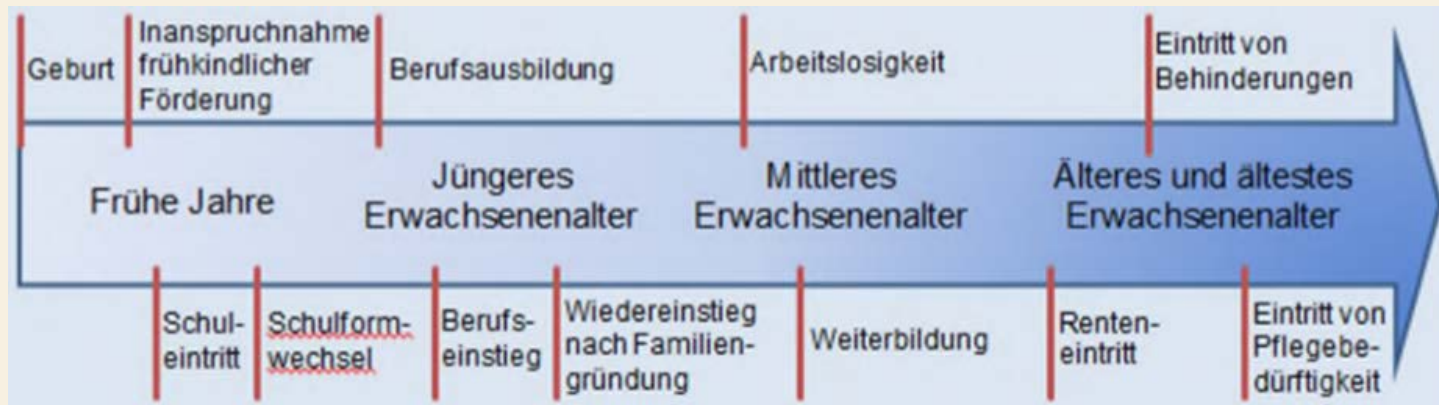
Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration am 5.11.2020

Stabsstelle Flüchtlinge und übergreifende Aufgaben (SFA)

Jana Hoppe

LEBENSLAGENANSATZ

Entscheidende Übergänge für Teilhabe in den Lebensphasen

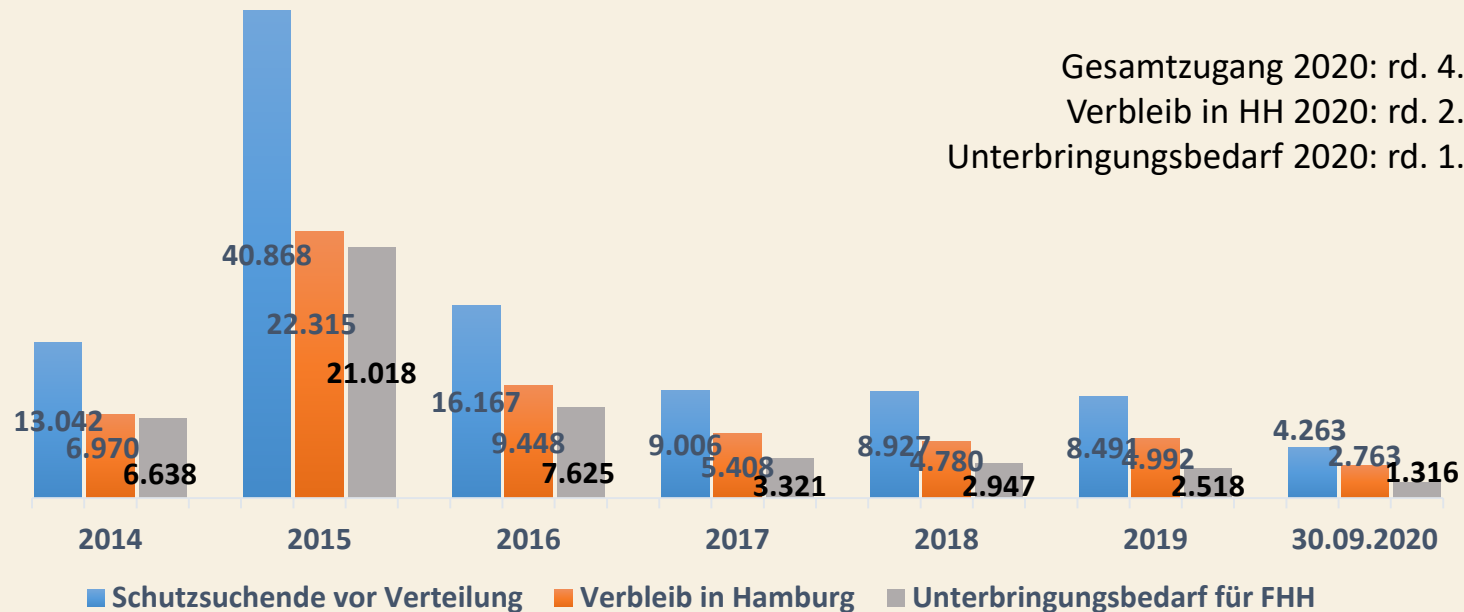


Quelle: BMAS

Die Zuwanderung nach Hamburg erreichte 2015 ihren Höchststand, ist seitdem kontinuierlich gesunken und hat sich seit 2018 mit rd. 250 Personen mit Unterbringungsbedarf in HH stabilisiert. Für 2020 liegen die Zahlen coronabedingt darunter.

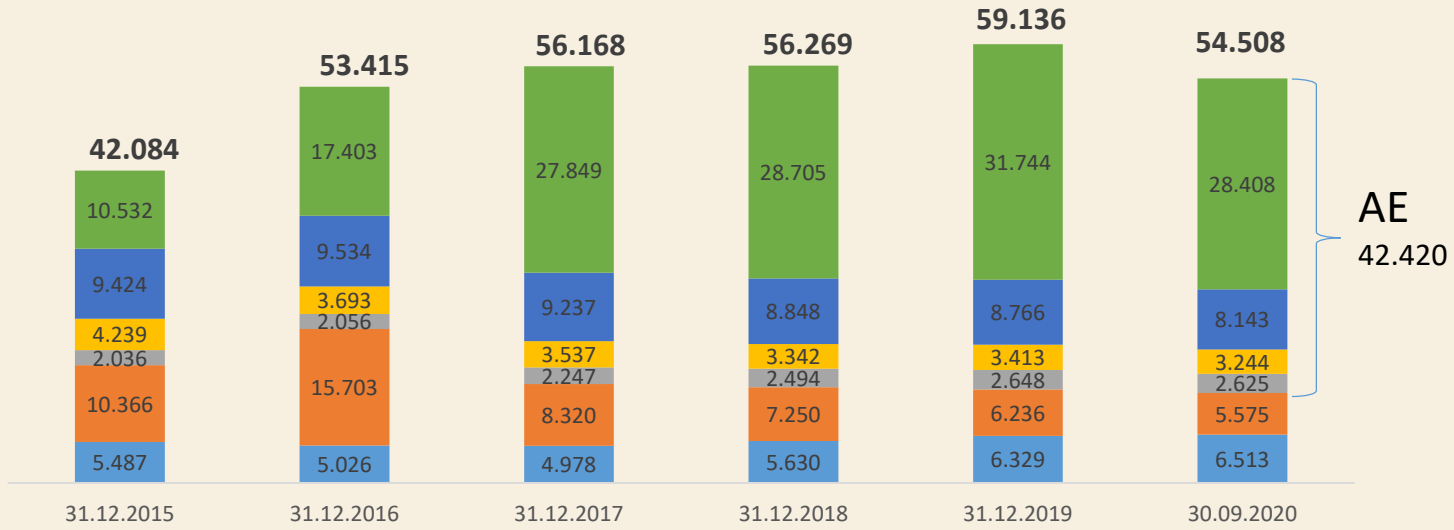
Entwicklung des Zugangs nach Hamburg

Stand Sept. 2020





In Hamburg lebende Geflüchtete 2015 – 2020 nach ihrem aufenthaltsrechtlichem Status



- AE**
- Schutzformen Asylberechtigung, Flüchtlingsschutz, subsidiärer Schutz, nationales Abschiebungsverbot, AE § 23 AufenthG
 - Niederlassungserlaubnis
 - Aufenthaltserlaubnis wegen Unmöglichkeit der Rückkehr
 - Andere Aufenthaltserlaubnis
 - Aufenthaltsgestattung
 - Duldung
- Geflüchtete gesamt = Werte oberhalb Säule

Die Anzahl der in den Erstaufnahmen untergebrachten Geflüchteten erreichte 2015 den Höchststand und ist seitdem kontinuierlich gesunken.

Platz- und Belegungsentwicklung in Ankunftszentrum und Erstaufnahmen

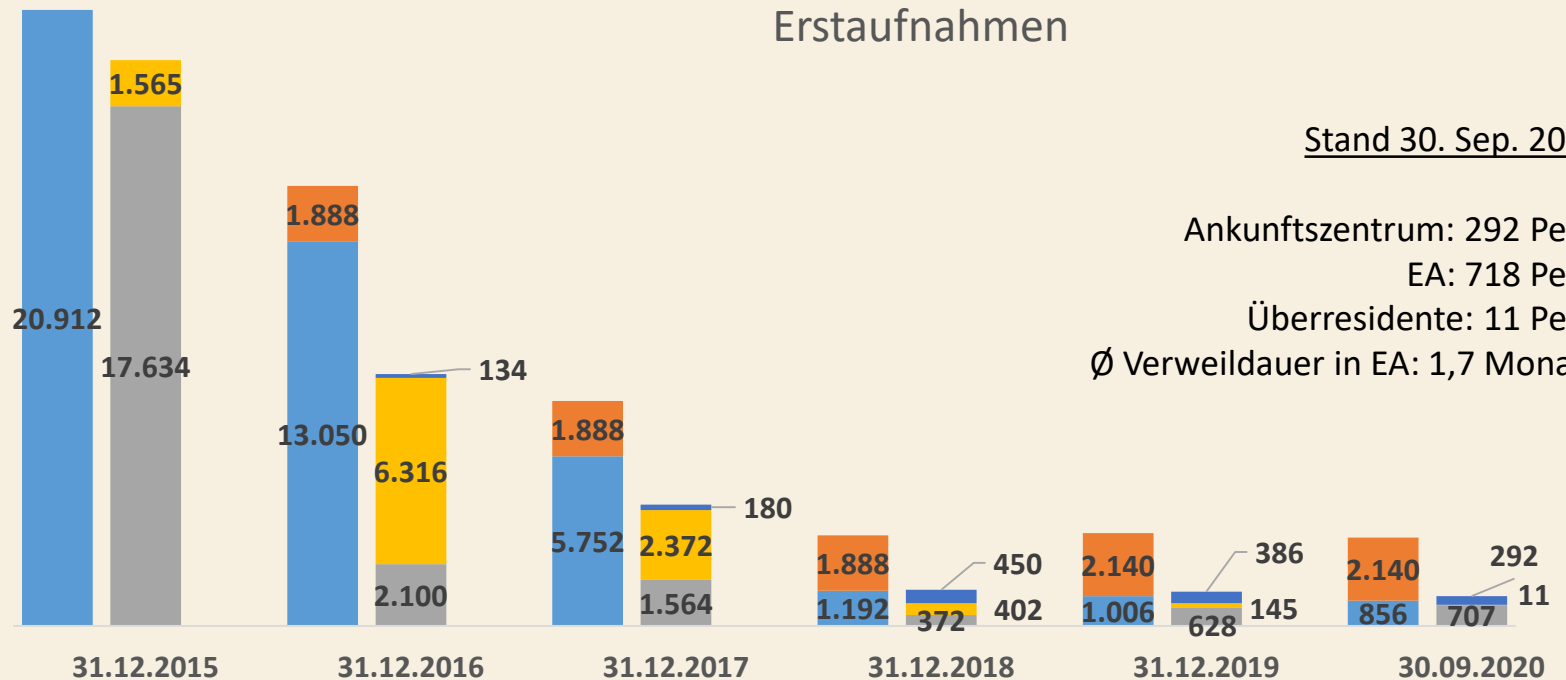
Stand 30. Sep. 2020

Ankunftszentrum: 292 Pers.

EA: 718 Pers.

Überresidente: 11 Pers.

Ø Verweildauer in EA: 1,7 Monate



■ Anzahl Plätze in EA

■ Anzahl Plätze in AZ

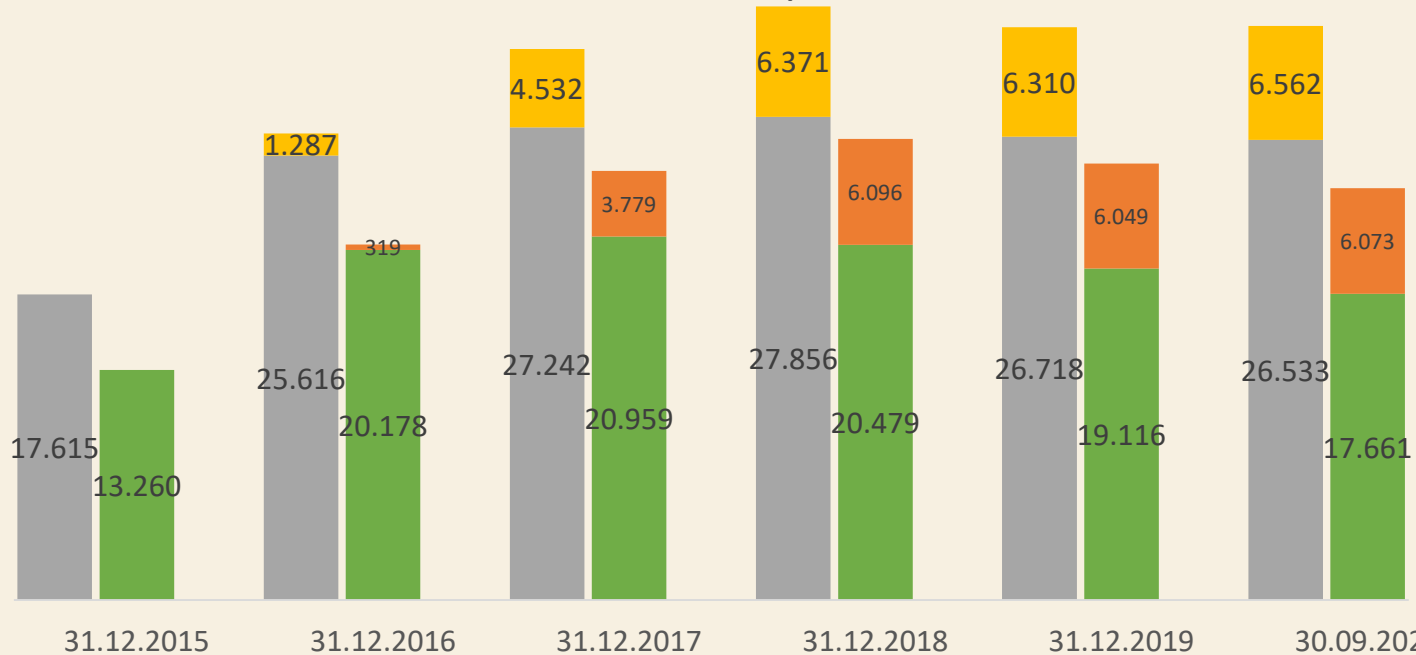
■ Anzahl Geflüchtete innerhalb der Residenzzeit in EA

■ Anzahl "Überresidente"

■ Anzahl Geflüchteter im AZ

Ein Großteil der Geflüchteten lebt mittlerweile in örU* mit gutem bis sehr gutem Standard, über 6.000 davon in Unterküften mit der Perspektive Wohnen.

Platz- und Belegungsentwicklung in Folgeunterkünften und Unterküften mit der Perspektive Wohnen



■ Anzahl Plätze in Folgeunterkünften ■ Anzahl Plätze in UPW
 ■ Anzahl Geflüchtete in Folgeunterkünften ■ Anzahl Geflüchtete in UPW

Sep. 2020
rd. 24.000 Geflüchtete in örU

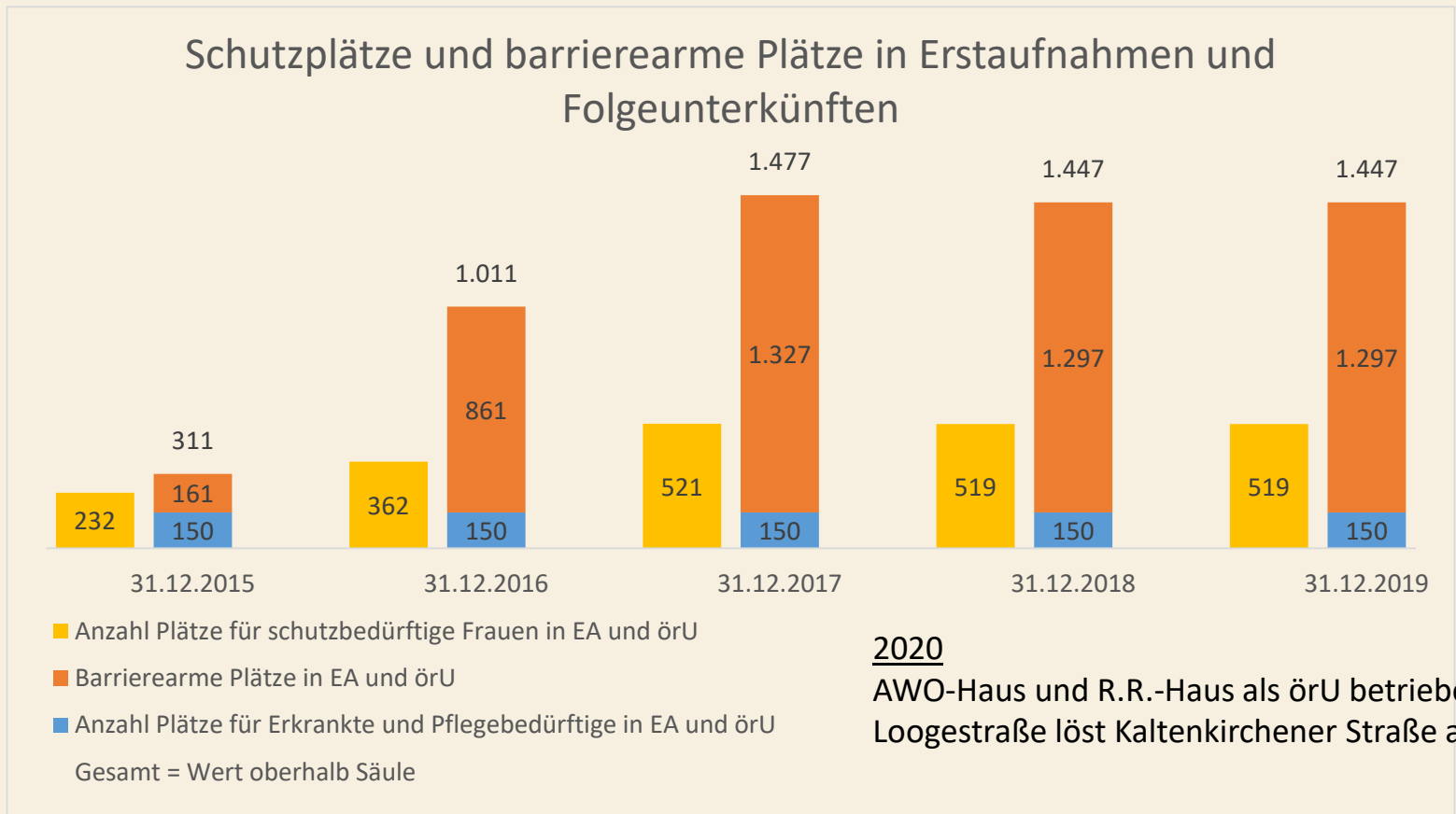
30 % GU

70 % abgeschl. Wohnr.

davon 17 % UPW

*die Platzkapazitäten in örU stehen auch Wohnungslosen zur Verfügung:

Die Qualität der Plätze in Erstaufnahmen und Folgeunterkünften konnte verbessert werden. Ein Teilbereich sind die Schutzplätze, die insbesondere 2016 und 2017 aufgebaut wurden.



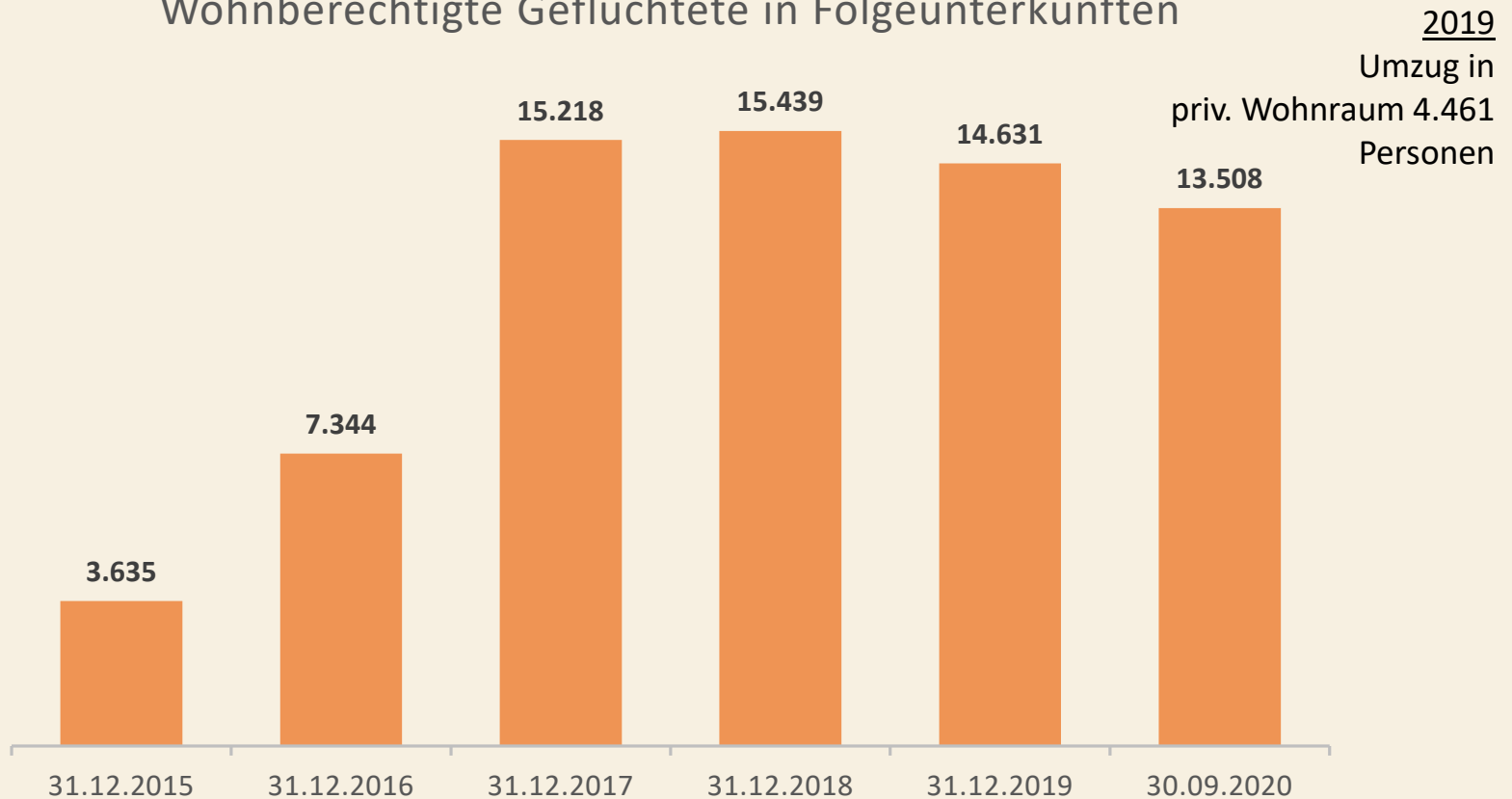
→ Im Zeitraum 2016 bis Ende 2019 sind ca. 16.000 Menschen in privaten Wohnraum gezogen. Der Auszug und die Schaffung sozial durchmischter Quartiere bleiben eine vordringliche Aufgabe.

In eigenen Wohnraum umgezogene Geflüchtete	aus Erstaufnahmen (EA)	aus Folgeunterbringung (örU)	aus Erstaufnahmen und Folgeunterbringung (Summe)
2016	657	2.544	3.201
2017	785	3.423	4.208
2018	208	4.163	4.371
2019	44	4.417	4.461
2016 bis 2019 gesamt	1.694	14.547	16.241

- Einem Teil der Geflüchteten gelang der Umzug direkt aus EA heraus (abnehmend)
- Syrische Geflüchtete sind am häufigsten in privaten Wohnraum umgezogen (2016, 2017, 2018, 2019)
- 2019 Anstieg der Umzüge von afghanischen Geflüchteten
- Hoher Anteil von Männern bei den Zugängen spiegelt sich bei Umzügen wider (60% Männer, 40 % Frauen)
- 2016-2019 rd. 11.500 Volljährige (davon ca. 50 % (5.296) als Einzelperson (80 % Männer, 20 % Frauen)
- Bei Familien sind volljährige Frauen ggü. volljährigen Männern leicht überrepräsentiert
- Kinder: 2.109 (0-5 Jahre) und 2.632 (6-18 Jahre)

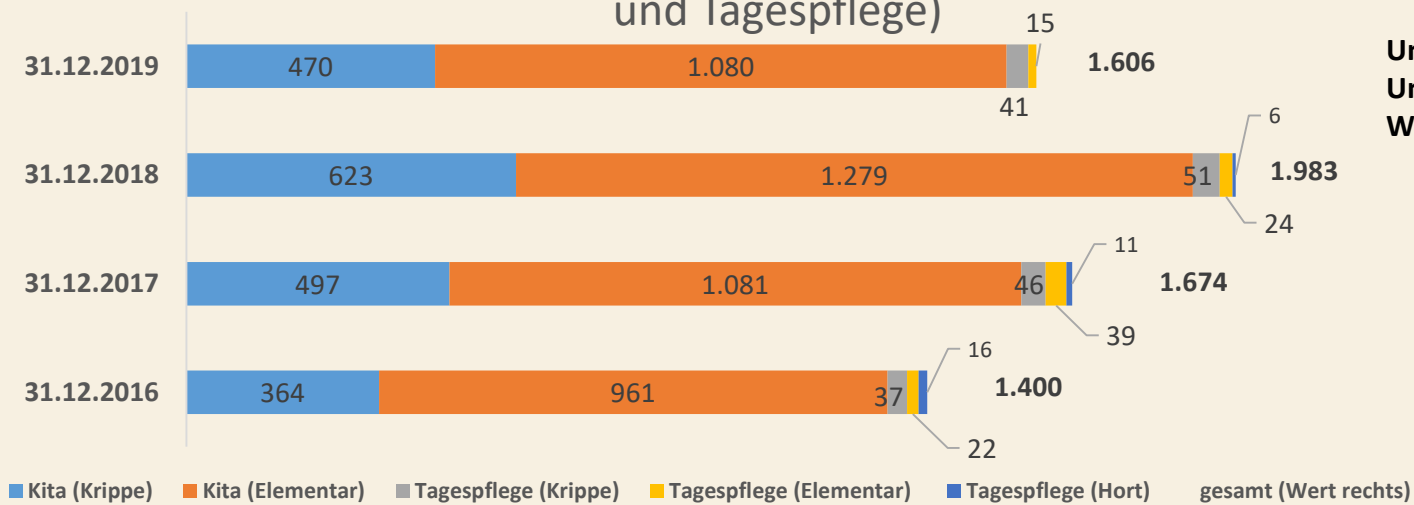
Die Anzahl der Wohnberechtigten in örU lag im Sep. 2020 bei rund 13.500 Personen.

Wohnberechtigte Geflüchtete in Folgeunterkünften



Die hohe Inanspruchnahme von Betreuungsangeboten für geflüchtete Kinder ist ein wichtiger Baustein für deren Integration.

Kinder aus Folgeunterkünften in der Kindertagesbetreuung (Kita und Tagespflege)



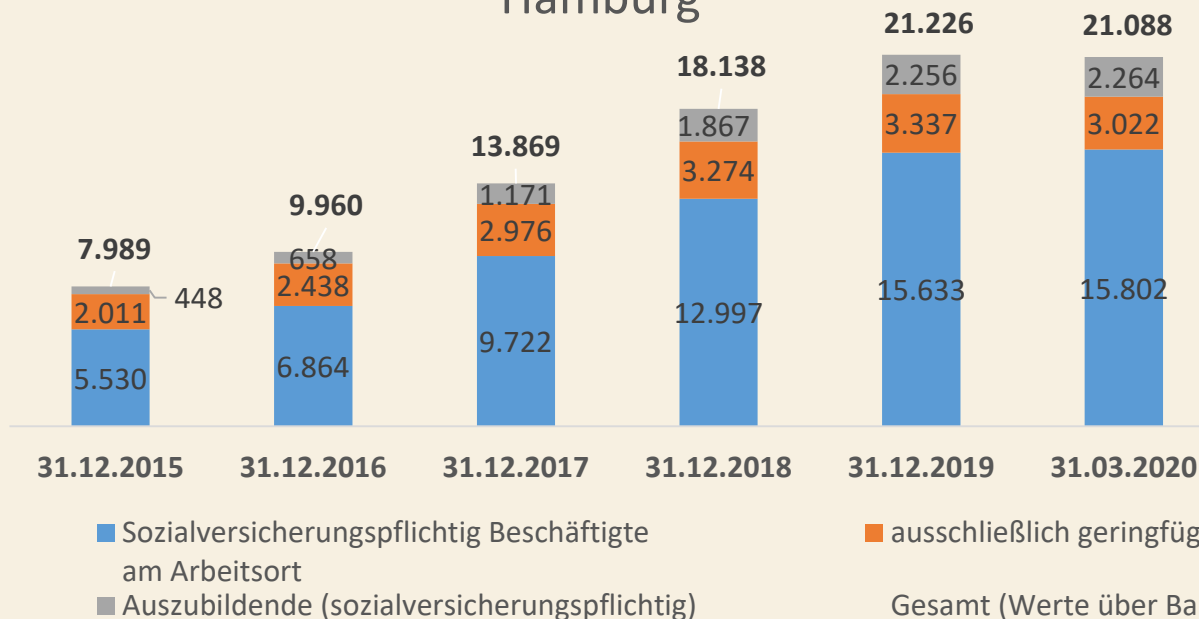
Umzüge aus öff. rechtl. Unterbringung in eigenen Wohnraum (Alter 0-5 Jahre)

2019: 542 Kinder
 2018: 537 Kinder
 2017: 590 Kinder
 2016: 440 Kinder

- Frühkindliche Bildungsangebote in der KITA sind dauerhaft ein wichtiger Garant für die Integration geflüchteter Kinder
- Spracherwerb und Kontakte mit deutschsprachigen Kindern werden hier frühzeitig und spielerisch gefördert
- Betrachtung der Verteilung der Kinder im Stadtgebiet: gleichmäßig gut und weit, speziell im Umfeld von UPW
- In EA Sportallee und Harburger Poststraße je 30 Plätze HOB und Elterncafé

Geflüchteten gelingt zunehmend die Aufnahme von Beschäftigung oder Ausbildung. Die Erwerbs- und Ausbildungsbeteiligung ist bei Geflüchteten aus den acht Haupt-Asylherkunftsländern* um rund 13.000 auf über 21.000 Personen gestiegen.

Entwicklung der Beschäftigung Geflüchteter am Arbeitsort Hamburg



rd. 1.900 junge Geflüchtete waren Ende 2018 in dualer Ausbildung, etwa ¼ davon im Handwerk. Ende des 1. Quartals 2020 befanden sich rd. 2.300 Personen in Ausbildung.

Arbeitsmarktintegration der Geduldeten im Rahmen der „3+2-Regelung“: Ende 2018 rd. 260 Azubis in sog. Ausbildungsduldung

* Syrien, Afghanistan, Iran, Irak, Pakistan, Eritrea, Somalia, Nigeria

Am häufigsten finden Geflüchtete Beschäftigung als Fachkraft oder als Helfer.

Anforderungsniveau der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Stand 31.03.2020)	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (ohne Azubis) – Geflüchtete aus acht Haupt-Asylherkunftsländern	Prozentuale Verteilung	Veränderung zum Vorjahresmonat (in Prozent)
Helfer	5.702	36,10%	8,60%
Fachkraft	8.333	52,70%	22,90%
Spezialist	713	4,50%	21,10%
Experte	1.036	6,60%	23,20%

Stand 31.03.2020	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte		Ausschließlich geringfügig Beschäftigte		Auszubildende (sozialversicherungspflichtig)	
Männer	12.630	79,9 %	2.158	71,4 %	1.781	78,7 %
Frauen	3.172	20,1 %	864	28,6 %	483	21,3 %

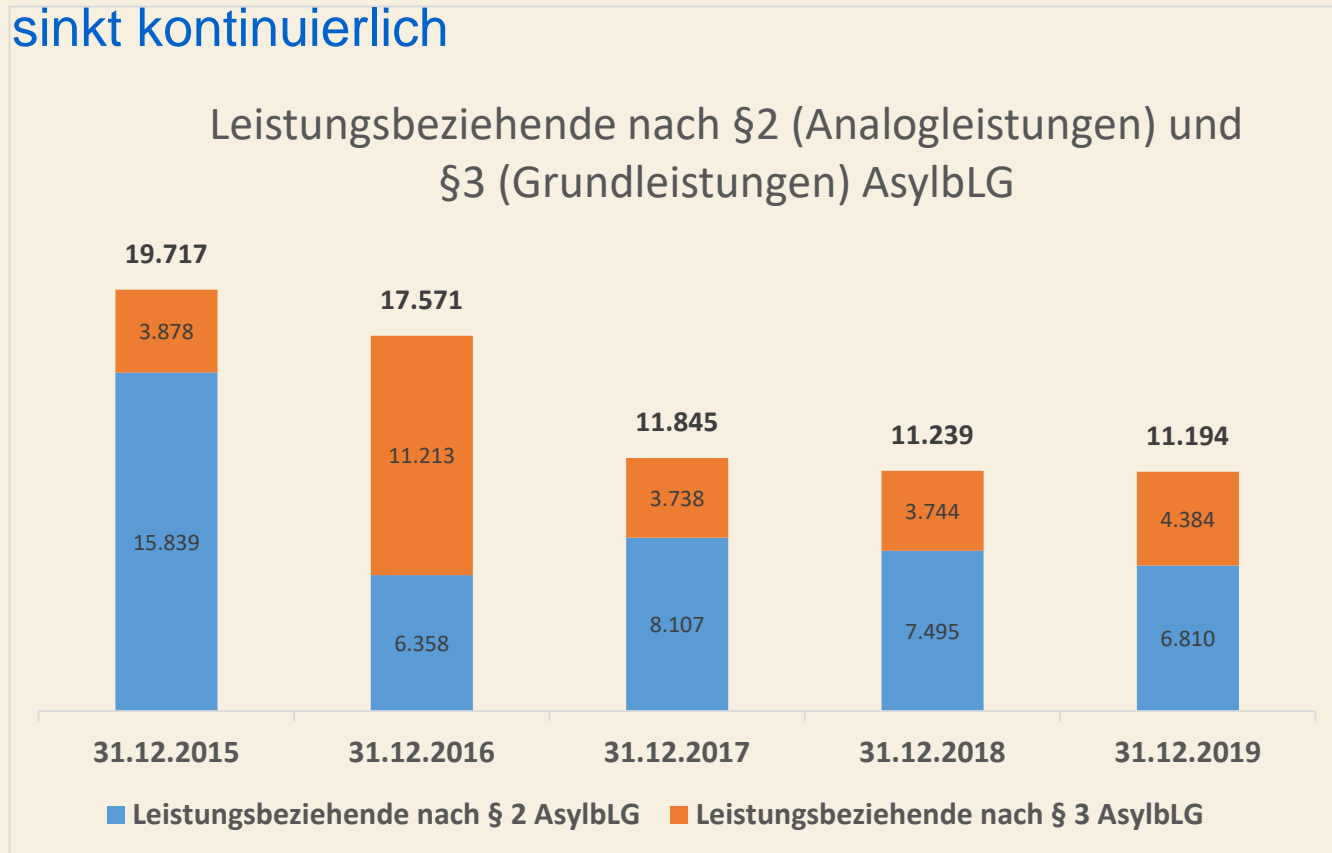
Unterschiede bei Männern und Frauen:

Anteil bei Ausbildung und bei den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten: rd. 80 % / 20 %

Die **Erwerbsbeteiligung von Frauen** ist in der Gruppe der **ausschließlich geringfügig Beschäftigten** mit 28,6 % am höchsten.

Die **Beteiligungsquote von Frauen am Arbeitsmarkt** bleibt auch unter Berücksichtigung ihres geringeren Anteils bei Geflüchteten insgesamt hinter der Beteiligungsquote von Männern zurück.

Die Anzahl der Leistungsbeziehenden nach § 2 und § 3 AsylbLG sinkt kontinuierlich



Ein Großteil der Erwerbsfähigen sind in den ersten Jahren ihres Aufenthaltes im Asylbewerberleistungs- und Sozialleistungsbezug.

Ein Grund dafür ist neben dem asylrechtlichen Status auch die Tatsache, dass Spracherwerb und Arbeitsmarktintegration einen gewissen Vorlauf benötigen.

Es ist eine kontinuierliche Zunahme der SGB II-Leistungsbeziehenden aus den acht Haupt-Asylherkunftsländern zu verzeichnen.

Regelleistungsbeziehende im Sozialgesetzbuch II nach Ländern

	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2019	30.06.2020
Afghanistan	6.832	7.618	10.456	11.276	11.728	12.501
Eritrea	300	1414	1510	1546	1497	1622
Irak	744	2156	3155	3120	2980	3001
Iran	2.572	2.757	3.495	3.452	3.232	3.437
Nigeria	408	414	415	409	407	456
Pakistan	522	496	477	427	416	444
Somalia	68	170	362	481	582	625
Syrien	3.514	10.361	12.182	12.559	12.810	13.018
8 Asyl-HKL	14.960	25.386	32.052	33.270	33.652	35.104

Der Zunahme der SGB II-Leistungsbeziehenden liegt die Anerkennung eines Schutzstatus durch das BAMF und der damit verbundene Rechtskreiswechsel in das SGB II zugrunde.

Der Anstieg korrespondiert mit dem Rückgang der Leistungsbeziehenden nach dem AsylbLG.



FAZIT UND AUSBLICK

- Der Bericht ist die erste umfassende Bestandsaufnahme der Lebensbedingungen von Geflüchteten in Hamburg. Der Bericht zeigt, dass:
 - der Großteil der Geflüchteten einen Aufenthaltsstatus hat, der **gute Teilhabechancen** eröffnet,
 - die **Lebenslage** für viele Geflüchteten sich **deutlich verbessert** hat,
 - die Stadt **gute Handlungsansätze** entwickelt hat, um die Integration zu befördern.
- Künftig gilt es:
 - den **Auszug** Geflüchteter aus örU in privaten Wohnraum und damit die Durchmischung in den Quartieren weiter zu stärken,
 - die **Regelsysteme** weiterhin so zu gestalten, dass insbesondere Spracherwerb, Bildung und die Integration in Ausbildung und Arbeit gelingen.